



IVL-MAGAZIN

Zeitschrift der Interessenvertretung der Lehrkräfte ALLER Schularten und Laufbahnen

ISSN 2191 - 9070

Heft 1 / Februar 2021



Bildung – der Auftrag bleibt!

DAS FÜREINANDER ZÄHLT

Debeka

Der wahre Wert einer Gemeinschaft zeigt sich in schwierigen Zeiten.

Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner
des öffentlichen Dienstes

(08 00) 8 88 00 82 00
www.debeka.de



Debeka-Landesgeschäftsstelle
Königsweg 28-34
24114 Kiel
Telefon (04 31) 9 06 08 - 0

Impressum:

Das „IVL-SH-Magazin“ wird von der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL-SH) herausgegeben. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Auffassung der IVL-SH darstellen.

IVL-SH Landesvorsitzender:

Dirk Meußner
Maria-Brandt-Str. 9, 24306 Plön
Tel.: 04522 / 50 35 98
E-Mail: dirk.meusser@ivl-sh.de

IVL-Geschäftsstelle:

Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62
Fax: 0 41 91 / 6 09 13
E-Mail: info@ivl-sh.de

Redaktionsanschrift:

Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62
Fax: 0 41 91 / 6 09 13
E-Mail: info@ivl-sh.de

ISSN 2191-9070

Homepage: www.ivl-sh.de

Redaktion:

Harro Rhenius, Grete Rhenius

Herstellung:

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH
Ingolstädterstr. 102, 85276 Pfaffenhofen
Tel.: 0 84 41 / 8068-0
Fax: 0 84 41 / 8068-68
www.humbach-nemazal.de



Tage im Januar

Freitagvormittag, 08. Januar 2020, der zweite Tag des landesweiten Feldversuches zum digitalen Distanzunterricht in Schleswig-Holstein.

Die Verbindung hält (meist) und vierzehn Namensabkürzungen auf meinem Bildschirm melden eine vollzählig zugeschaltete Lerngruppe aus einer 10. Klasse. Wir sind in Plön gut vorbereitet. Es existiert seit Monaten ein Digitalkonzept, ein engagierter Schulträger, der die Schule technisch hervorragend ausgestattet hat. Die Schüler wurden gut vorbereitet. Der Stundenplan ermöglicht einen digitalen Fernunterricht, der alle Fächer abdeckt.

Als ich am Ende der Stunde im Fach Wirtschaft/Politik mit der Lerngruppe über die aktuellen Maßnahmen der Landesregierung zur Eindämmung der Coronapandemie spreche und die Meinung zu den angekündigten Plänen, die Abschlusschüler zeitnah zu Prüfungsvorbereitungen in die Schulen zu holen, erfrage, blinkt es auf dem Monitor. Dreizehn digitale Hände zeugen von großem Mitteilungsbedürfnis, die anschließenden Äußerungen überraschen mich dann doch. Alle dreizehn Diskussionsteilnehmerinnen begrüßen den Plan einhellig, versprechen sich eine bessere Prüfungsvorbereitung, vermissen den realen Unterricht. Mir geht es nicht anders. Wir erinnern uns alle an den März, als die Abschlusschüler in die Schulen geholt wurden, um sich intensiv auf die Prüfung vorzubereiten. Überschaubare Schülerzahlen, homogene Lerngruppen, die älteren und/oder gesundheitlich vorbelasteten Kolleginnen und Kollegen im Homeoffice, so stellte ich mir auch die Umsetzung ab dem 11. Januar vor. Weit gefehlt.

Das folgende Wochenende werde ich nicht vergessen. Mein Telefon stand nicht mehr still, der Posteingang meines E-Mail-Faches ploppte unaufhörlich rot auf. Ich habe viele Mitglieder persönlich kennen gelernt, das freut mich, ich hätte mir nur einen angenehmeren Anlass gewünscht. Die Vorgaben des Ministeriums waren eindeutig: volle Präsenz in vollem Stundenumfang, 150 Kinder und über 30 Lehrkräfte sollten vielerorts in die Schulen, während unser Ministerpräsident empfahl, möglichst niemanden zu treffen.

Pflichtbewusste, engagierte Kolleginnen und Kollegen mit schwerwiegenden gesundheitlichen Vorerkrankungen, die mir ihre Angst schilderten, zur Arbeit zu gehen, funktionierende Videokonferenzlösungen, die eingestampft wurden, damit Kinder einer Abschlussklasse auf drei Räume verteilt für je 15 Minuten eine Lehrkraft sehen.

Unsere Bildungsministerin Karin Prien zeigt sich Verbänden und Gewerkschaften gegenüber oft gesprächsbereit und lädt zu Rückmeldungen ein. Am Sonntagnachmittag nahm ich dieses Angebot an. Ich schrieb der Ministerin eine Mail, in der ich die gewonnenen Eindrücke über die landesweite Not in den Lehrerzimmern veranschaulichte und eine Rückkehr zur Beschulung in reduziertem Umfang in den Kernfächern wie im März einforderte.

Eine weitere Mail an eine andere Stelle im Ministerium führte zu einem unerwarteten Rückruf am Sonntagmittag, öffnete einen Gesprächskanal, der die Möglichkeit bot, noch einmal persönlich auf die Folgen der Entscheidung zu verweisen. Man hörte mich an. Im Landesvorstand beantwortete man währenddessen Anfragen und versorgte die Mitglieder mit Informationen.

Am Montag war die Präsenzbeschulung in vollem Stundenanfang vom Tisch. Nun gibt es Spielräume für die Kombination von Präsenz- und Digitalunterricht, um die Zahl der Lernenden und Lehrenden vor Ort gering zu halten. Jetzt geht es darum, dass in den Schulen Entscheidungen getroffen werden, welche die erstrittenen Möglichkeiten auch nutzen.

Sicher waren wir in der IVL nicht die einzigen, die sich bemühten. Wir haben an diesem Wochenende keine Pressemitteilungen verschickt, wir haben gehandelt. Für Sie!

Bitte bleiben Sie gesund,

Ihr Dirk Meußner
Landesvorsitzender

Inhalt

Editorial	3
Der Beginn	5
Gedanken zum Tag der Bildung	6
Erinnerungen	7
Monumente, Momente	8
Fünf Schritte zur Abschaffung der Rechtschreibung	8
Mitgliedschaft in der GBW	9
Schule und Corona im „land of confusion“	10
Der Blick über den Tellerrand	13
Der kritische Blick in die Vergangenheit	18
Beitragsordnung 2021 der IVL-SH	22
Geburtstage	23
Ökonomische Bildung	24
Erteilung einer Zeugnisnote – ein wichtiges Urteil!	28
Auszug aus der Rede der damaligen Bildungsministerin Ute-Erdsiek-Rave (SPD) anlässlich der Tagung des Verbandes 2001	29
Beitrittserklärung	30

Der Beginn

von Harro Rhenius

Im vorigen Heft hatte ich geschrieben: „Betrachten Sie das Editorial als eine Art Vorspeise, die ich Ihnen reiche, um Ihnen Lust auf mehr zu machen.“

Das Editorial ist ein wichtiger Bestandteil unseres Magazins, eine persönliche Begrüßung und Einladung weiterzublättern.

In unserem ersten Magazin 2021 begrüßt Sie unser Landesvorsitzender Dirk Meußner und will Ihnen Lust auf mehr machen.

Ich möchte Sie deshalb einladen, mir respektive uns, in diesem Heft zu folgen. Es soll ein etwas persönliches Heft werden. Ich denke, dass die derzeitigen nicht einfachen Momente Zeit zum Innehalten und zum Nachdenken bieten. Innehalten, um auch einmal an Vergangenes zu erinnern, nachdenken über die Rolle unserer Schulen in der Gesellschaft.

Seit nunmehr fast 20 Jahren beschäftigen mein Bruder und ich uns mit der Vergangenheit unserer Familie. Wir konnten einiges zusammentragen. Kirchenbuchauszüge, Standesamteinträge und weitere Unterlagen.

Die große Zahl der Dokumente war digitalisiert und somit in diversen Datenbanken online abrufbar. Vergangenes ist digitalisiert worden.

1526 wurde ein Paul Rhens im sächsischen Merkwitz geboren. Er wurde Tuchmacher und erhielt die Bürgerrechte dann später in Oschatz. Auf ihn ist die Familie zurückzuführen.

Ein IVL-Mitglied schrieb mir vor einigen Tagen „diese sinnlose Digitalisierung von längst Vergangenen, wen interessiert das?“ Hintergrund war, dass ich – ausgelöst durch die Beschäftigung mit Vergangenen – mir die Frage stellte, warum sind nur unsere Mitglieder Magazine ab Heft 299 (Jahrgang 2005) digitalisiert und nicht frühere?



In Absprache mit dem Landesvorsitzenden wollte ich nun den Versuch starten, alte Hefte aufzuspüren und zu digitalisieren. Ich hatte deshalb per Mail die Mitglieder um Hilfe gebeten. Tolle Reaktionen habe ich bekommen und werde bald mit der Aufgabe beginnen.

Es geht darum Vergessenes zu bewahren, vielleicht auch aus Vergessenem etwas zu lernen. Gerade die Pandemie bietet hier eine Chance, denn viele Menschen haben Zeit und manche Menschen können mit der Zeit, die sie haben, auch nur wenig anfangen. Warum also nicht aus der Vergangenheit lernen.

Ob es Sie interessiert, weiß ich nicht; es ist jedoch spannend. Lesen Sie Aufsätze, Beiträge in diesem Magazin, die sonst dem Vergessen anheimgefallen wären.

Dass Politiker oft nicht in der Lage sind zu lernen, ist bekannt. Dennoch möchte ich den Versuch wagen, auch Politisches der Vergangenheit wieder ins Bewusstsein zu rücken. Denn auch Schule hat sich in unserer Vergangenheit von der Politik instrumentalisieren lassen. Die Gefahr ist einfach nicht gebannt, dass so etwas wieder passieren kann. Wir müssen deshalb aus der Vergangenheit lernen und Vergessenes ins Gedächtnis rufen.

Helfen Sie dabei.

Sie finden uns auch im Internet unter
www.ivl-sh.de

Gedanken zum Tag der Bildung

Dirk Meußner

Am 24. Januar wird seit 2018 der Tag der Bildung gefeiert, zunächst weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit. Doch seit 2020 ist vieles anders, seit Selbstverständliches eben nicht mehr selbstverständlich ist.

Dass ich nun wie selbstverständlich mit meinem „Turnbeutel“ zum Geschichtsunterricht gehe, in der großen Halle 25 Zehntklässler mit einem Abstand von je zwei Metern wahlweise mit einer Mikrofonanlage oder mittels eigener Stimmkraft unterrichte, hätte ich nicht für möglich gehalten. Bildung läuft unvermittelt fort, auch wenn Medien mit Vorliebe nicht gelingende Beispiele kommentieren. Aus meinen vielen Gesprächen mit Kolleginnen und Schulleitungen weiß ich, wie unterschiedlich zurzeit Unterricht organisiert wird, die Arbeitsbelastung vor Ort ist jedoch gleichbleibend hoch – zu hoch.

Die Anwesenheit der Abschlussjahrgänge bedeutet entweder Fischmarktatmosphäre in der Sporthalle oder Kleingruppen in verschiedenen Klassenräumen, die durch hektisch von Raum zu Raum eilende Kollegen betreut werden. Dass nicht alle Neuntklässler an den Prüfungen teilnehmen, führt zu weiteren Herausforderungen. Wahlweise werden sie per Videokonferenz in den Unterricht zugeschaltet oder sie erhalten zeitversetzt Unterricht online.

Sollte die Schule noch nicht das schnelle Glasfasernetz nutzen, müssen die Lehrkräfte schnell sein, um vom heimischen PC die virtuellen Klassenstunden zu eröffnen. Die Landeslösung läuft meistens stabil, in „Stoßzeiten“ verlassen aber auch mal mehrere Teilnehmer „unfreiwillig“ den Chat. Stress pur. Kurioserweise ist bei einigen Teilnehmern ausschließlich die Leitung schwach, wenn die Hausaufgaben verglichen werden, einiges ändert sich eben nie.

Da die Videokonferenzstunden zumeist in geringerem Umfang und in kleineren Gruppen stattfinden, muss es natürlich eine annähernde Kompensation für die entfallenen Stunden geben. Wenn die Lehrkraft also nicht in der Schule von Raum zu Raum eilend Abschlusschüler



betreut oder jüngere Klassen online unterrichtet, stellt sie Aufgaben, die sie über Lernmanagementsysteme zur Verfügung stellt. Jede bearbeitete Aufgabe erfordert eine qualifizierte Rückmeldung, jede nicht bearbeitete Aufgabe im Wiederholungsfall ein Gespräch mit den Eltern. Wer die Anforderungen, die zurzeit an Schulleitungen und Lehrkräfte gestellt werden, in vollem Umfang erfüllt (was die Allermeisten tun), braucht sich für die jetzige Zeit des Lockdowns keine 5000 Teilepuzzles zu kaufen.

Es gibt andere Berufsgruppen mit ähnlichen Belastungen, als Beamte sind wir in dieser Zeit finanziell privilegiert.

Trotzdem soll es gesagt werden: Die Bildung läuft weiter. Videokonferenzen und Lernmanagementsysteme ersetzen keinen Präsenzunterricht, aber die Lehrkräfte des Landes versuchen mit erheblicher Mehrarbeit und unter schwierigen Rahmenbedingungen die bestmögliche Bildung jedes einzelnen Kindes zu ermöglichen. Und wenn der Nachbar fragt, wie man die verlängerten Ferien nutzt oder die Politiker im Frühling über die Ausgestaltung eines neuen „Lernsommers“ nachdenken, da sollten wir gern Auskunft geben, wie der vermeintliche Halbtagsjob tatsächlich abläuft, und das nicht nur am Tag der Bildung.

Redaktionsschluss
für die nächste Ausgabe:
25. April 2021

Erinnerungen

Harro Rhenius

Die politischen Diskussionen, die Ende 2020 und Anfang 2021 bezüglich Schulschließungen, Schulöffnungen geführt wurden, standen ganz im Kontext der gesellschaftlichen Diskussion über die Auswirkungen der pandemiebestimmten Restriktionen.

Schule und gesellschaftliches Umfeld wurde oft und auch leidenschaftlich diskutiert, wobei die Diskussion nicht neu ist. Schule hat sich immer nach dem gesellschaftlichen, aber auch politischen Umfeld organisiert und strukturiert.

Das hat Erinnerungen ausgelöst. Erinnerungen an eine Zeit, in der es in Schleswig-Holstein noch Realschulen gab. Diese Zeit ist passé, wir haben Gemeinschaftsschulen im ganzen Land.

Für junge Kolleginnen und Kollegen ist die Realschule Vergangenheit, abgeheftet im großen Buch des Vergessens.

Sollen wir aber tatsächlich diese Zeit vergessen? Ich bin nach der Grundschule in die Mittelschule gewechselt. Sechs Jahre war ich Mittelschüler, bevor ich in die Wirtschaftsoberschule in Osnabrück wechselte. Das ist meine persönliche Erinnerung.

Vielleicht kennen Sie die Internetadresse <https://archive.org/> und die dort implementierte „waybackmaschine“.

Die „waybackmaschine“ ermöglicht es, alte, ehemalige Internetauftritte noch einmal anzusehen.

Dort fand ich auch die ehemaligen Auftritte des VDR-SH. Aus diesen Auftritten konnte ich die digitalisierten Hefte der Jahrgänge 2006 bis 2010 herunterladen. Das war der Beginn des Archivs.

Ich erntete Kritik – was soll dieser alte Kram, das interessiert niemanden – aber auch Lob. Frau Clorius und Frau Vöge-Lesky unterstützen mich in einzigartiger Weise. Wahrscheinlich zurück bis Heft 21 kann ich nun das Ar-

chiv aufbauen. Ich habe bereits begonnen, die Hefte zu scannen und abzuspeichern. Von Stefan Bieger und Elke Bestmann erhielt ich weitere Ausgaben der Hefte.

Die eingescannten Hefte werden in unserer Cloud abgelegt und sind nur für Mitglieder einsehbar. Aus Datenschutzgründen habe ich den Zugriff eingeschränkt.

Um die Hefte zu lesen, respektive herunterzuladen, ist ein Zugriffscode notwendig und auch ein Passwort. Der Zugriff **muss** beantragt werden. Ich habe dafür ein Formular gestaltet, das auf unserer Internetseite ausgefüllt und abgesandt werden kann.

Ich bitte für dieses Vorgehen um Verständnis.



Wir wollen in Kontakt bleiben

Die Kommunikation mit unseren Mitgliedern kann nur dann gut sein, wenn wir jeden Einzelnen auch erreichen können. Leider ist das nicht immer der Fall. Post kommt zurück, weil die Anschrift sich verändert hat, E-Mails werden als nicht zustellbar deklariert und der Bankabruf läuft ins Leere.

Bitte wenden Sie sich an unseren Landesgeschäftsführer oder verwenden Sie doch einfach das auf unserer Homepage zur Verfügung stehende Online-Formular im Mitgliederbereich, um uns die Veränderungen mitzuteilen.

Wir möchten, dass Sie für uns erreichbar bleiben und wir den Kontakt untereinander nicht verlieren.

Monumente, Momente

Momente? Kleine Momente, schnelle Momente, bunte Momente, langweilige Momente.

Kennen Sie den tiefen Seufzer: „Mir ist laangweilig?“ Gerade zur Zeit ist diese Aussage sicherlich häufiger zu hören.

Menschen können nichts mit sich anfangen, sie versinken in Einsamkeit, sie fühlen sich allein gelassen. Das ist für mich insofern verwunderlich, da, wie ich unlängst las, ein Großteil der Mitbürger ihr Leben gerne als sogenannte „Single“ verbringen möchten.

Warum das so ist, weiß ich nicht. Für mich stellt sich jedoch die Frage nach der Fähigkeit, Kontakte zu knüpfen und auch zu halten. Haben wir die verloren?

Ich möchte Sie auffordern, ja anregen, sich mit dem Gefühl des Verlorenseins in der Pandemie, des Gefühls der Trauer über verlorene Kontakte und dem Verlust von Geborgenheit zu beschäftigen. Zu beschäftigen deshalb, da ich Sie bitte, diese Gefühle in ein Foto zu transferieren.



Machen Sie ein Foto und senden Sie es mir. Sie sollten auch noch einen kleinen Text dazu verfassen.

Ein kleines Team aus Mitgliedern des LV wählt das Gewinnerfoto. Dieses Foto wird dann Titelbild des nächsten IVL-Magazin, das voraussichtlich Anfang Mai erscheinen wird.

Teilen Sie uns so Ihre Hoffnungen und Ihre Zuversicht mit.

Ich freue mich auf Ihr Foto.

Mein momentanes Lieblingsbild ist 1942 in Kalisch im heutigen Polen entstanden, es strahlt für mich Einsamkeit und Verlassensein und dann wieder Hoffnung aus, denn vielleicht kommt doch der erwartete Zug.

Rationalisierung

Fünf Schritte zur Abschaffung der Rechtschreibung

Erster Schritt: Wegfall der Großschreibung. einer sofortigen einföhrung steht nichts im weg, zumal schon viele grafiker und werbeleute zur kleinschreibung übergegangen sind.

zweiter schritt: wegfall der dehnungen und schärfungen. diese masname eliminirt schon di größte felerursache in der grundschule, den sin oder unsin unserer konsonantenverdopplung hat onehin nimand kapirt.

driter schritt: v und ph ersetzt durch f, z ersetzt durch s. das alfabet wird um swei buchstaben redusiert, schreibmaschinen und sesmaschinen vereinfachen sich, wertfole arbeitskräfte können der wirtsaft zugefirt werden.

firter schritt: q, c und ch erset durch k, j und y erset durch i, pf erset durch f, iest sind son seks bukstaben ausgesaltet, di sulseit kann sofort fon neun auf swei iare ferkürst werden, anstat aksig prosent rektsreibunterikt können musike fäker wi fisik, kemi und reknen mer geflekt werden.

fünfter skrit: wegfal von ä-, ö- und ü-seiken. ales uberflusige ist iest ausgemerst, di ortografi wird slikt und einfak, naturlik benötigt es einige seit, bis diese fereinfakung ublical riktikt ferdaut ist, fileikt sasungsweise ein bis swei iare. anslisend durfte als nakstes sil di fereinfakung der nok swirigeren gramatik anfisirt werden.

Autor unbekannt, Quelle: Heft 282 aus 2002

Mitgliedschaft in der GBW

Lt. Beschluss des Vorstandes unserer IVL-SH sind wir bereits Ende vorigen Jahres der „Gesellschaft für Bildung und Wissen“ beigetreten.

Hintergrund für diese Entscheidung ist, dass wir erkannt haben, dass eine zunehmende Ökonomisierung der Bildung und damit der Schule Platz greift. Sicherlich ausschlaggebend für diese Entwicklung ist das Handeln der OECD und ihrer Apologeten. Seit der ersten PISA-Studie, gibt es quasi einen Run auf die Meinungsbildung der OECD. Politiker, aber auch Journalisten, hängen (bildlich gesprochen) am Zapfhahn der OECD. Veröffentlichungen werden als „letzte“ Weisheit bewertet.

Wir, die IVL-SH, bedauern diese Entwicklung. Wir hören auf Ratschläge und Empfehlungen. Wir wollen als berufständischer Verband die Wissenschaft in unsere Tätigkeit einbinden. Wir wollen Wissen weitergeben, weitergeben an unsere Mitglieder.

Das war die Entscheidung.

„Die Gesellschaft für Bildung und Wissen wurde aus einem Unbehagen an den Schulreformen im Zusammenhang der PISA-Studie vor über 10 Jahren von Pädagogen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz in Köln gegründet.

Es zeichnete sich damals schon ab, dass mit der Kompetenzorientierung der Unterricht, die Rolle der Lehrkraft und das Verständnis von Bildung maßgeblich verändert werden sollten. Persönlichkeitsbildung, Mündigkeit, Sachwissen und tatsächliches Können gerieten aus dem Fokus der Aufmerksamkeit und zunehmend litten Studierfähigkeit und Ausbildungsreife der jungen Menschen.

Durch den Akademisierungszwang wurde nicht nur die Duale Ausbildung entwertet, sondern auch eine erfolgreiche Schulform wie die Realschule in Frage gestellt. Mit dem selbstgesteuerten Lernen und der Digitalisierung wurde die Tätigkeit der Lehrer und Lehrerinnen auf die Funktion von Lernbegleitern reduziert und auch das Spektrum didaktischer und methodischer Möglichkeiten verkürzt.

Die Gesellschaft für Bildung und Wissen begleitet diese Reformen nachdenklich und diskutiert sie durchaus vielstimmig, denn im Unterschied zu einem Verband, gestatten sich die Lehrkräfte und Wissenschaftler einen breiten Meinungskorridor, um der Kritik möglichst viele Aspekte und politische Farben zu verleihen. Auf regelmäßigen Tagungen werden Reformkonzepte analysiert, politische Strategien entlarvt und wesentliche pädagogische Grundgedanken wieder in Erinnerung gerufen.

Da unter Corona-Bedingungen ein persönliches Treffen schwierig geworden ist, veröffentlicht die Gesellschaft ihre fachlichen und politischen Überlegungen zunehmend über die Homepage und kleine Flugschriften, die zur Diskussion anregen sollen.

Neben der inhaltlichen und bildungspolitischen Arbeit versteht sich die Gesellschaft auch als eine Gemeinschaft, in der Lehrkräfte, die entgegen aller Moden an dem Gedanken der Bildung festhalten möchten, menschliche Stärkung erfahren.

Über den Beitritt der IVL freuen wir uns sehr, weil damit ein langjähriger, fruchtbarer Dialog verstetigt und vertieft wird. Herzlich willkommen!“

Dr. Matthias Burchardt



Dr. Matthias Burchardt Bildungskongress 2017 in Kiel

Dr. Matthias Burchardt



Schule und Corona im „land of confusion“

Prof. Dr. Rainer Dollase

Die Älteren von uns kennen noch den Genesis Song „land of confusion“ – damals passend im Videoclip mit einer Ronald Reagan Puppe illustriert. Nun, heute ist alles anders – Donald Trump, der aktuelle Konfusionär, hat im Unterschied zu Reagan verloren – nur 70 Millionen US Bürger, 6 Millionen mehr als bei seiner Erstwahl, gaben ihm die Stimme – aber 75 Millionen Stimmen bekam bekanntlich Joe Biden. Also keine Konfusion mehr? Ist jetzt die Wahrheit an der Macht? Haben sich die 70 Millionen für Trump geirrt? Aber das „land of confusion“ gibt es immer noch oder schon wieder. Auch hierzulande.

Die Pandemie ist allerdings die Ursache für massive Verwirrtheiten eines Teils der Bevölkerung und nicht nur die eines einzelnen Staatschefs. Strukturen zerbrechen, Unsicherheit macht sich breit und die Maßnahmecocktails der Regierenden werden nicht verstanden.

Es geht um Meinungen – richtige und falsche Denkfiguren und Maßnahmen in der Corona Krise. „Meinungen“ haben im Volksmund eindeutige anale- und gastro – Konnotationen: sie werden geäußert „aus dem Bauch heraus“, „mein Bauchgefühl sagt mir“ – es gibt, wissenschaftlich scheinbar belegt, „eine Darm – Hirn – Achse“, Dirty Harry muss sagen „Meinungen sind wie Arschlöcher – jedermann hat eins“ (sorry: besser m/w/d und l/g/b/t/i). Wir haben uns angewöhnt, Meinungen für so toll zu halten, wie das erste Häufchen des Nachwuchses im Töpfchen... „fein gemacht..“ Dafür haben wir also Meinungsfreiheit?

Ob eine Meinung richtig ist oder nicht, entscheiden wir zynischerweise pragmatisch: **meine Meinungen sind immer heilig und richtig – die der anderen natürlich alle falsch.** Die müssen verboten werden. Mit denen sprechen wir nicht. „Shitstorm“ (sic!) ist angesagt. Auch unsere soziale Kategorie, die Schublade, der wir uns zugehörig fühlen (m/w/d etc.s.o.; alte weiße Männer, Inländer oder Ausländer, Flüchtende, Araber, Schweden oder 197 weitere Nationalitäten und Ethnien in den NRW Schulen), ist heilig und wir sind immer bei den

Guten. Die Jungen halten sich für gut, die Alten ebenfalls, die Linken schätzen sich als die besten Durchblicker ein, die Rechten als einzige Rechthaber .. na, ja Kinderkram. „Positive Distinktheit“ nennt das höflich die Sozialpsychologie. Meinungsfreiheit gilt ja nur für die richtigen und wahren Meinungen – die anderen sind böse.

So ist es ja auch mit der Religion, auch ‚ne Meinung („Glauben heißt, etwas für wahr halten“ also eine Meinung) – immer noch werden jede Menge Menschen wegen der falschen Religion, der falschen Ethnie, der falschen Politik, der falschen Partei hingerichtet, diskriminiert und gehasst. **Andere Meinungen zu haben ist mindestens mit Verachtung zu bestrafen. Oder von den Unis zu verbannen (cancel culture) oder von den lukrativen Pöstchen.**

Das Problem ist: Meinungen müssen eigentlich scharf geprüft werden – nicht jede kann richtig sein. 7,5 Milliarden Menschen auf der ganzen Welt, bald alle vernetzt – und jeder posaunt seine Meinung in die Welt – „too many people making too many problems“ heißt es im Genesis Song „land of confusion“. Meinung wird angesichts der Masse von Meinungen immer wertloser. Wir müssen radikal unterscheiden: welche Meinung ist zielführend, welche nicht. Welche sind richtig, welche egal, welche total falsch. Dass alle ihre Meinung bis aufs Blut verteidigen, ist Quatsch aus der alten Zeit.

Die Lösung – ein Beispiel: Wenn ich meine Espressotasse an den Rand des Tisches schiebe, immer weiter, bis sie fast nach unten fällt und dann frage: „Wird sie jetzt fallen, wenn ich die Tasse in dieselben Richtung weiter schiebe?“ so werde ich ab Vorschulalter 100% „ja“ Antworten erhalten – auch bei Erwachsenen gibt es dazu keine Verschwörungstheorien, nichts anderes als der platte Fakt, die Zukunft ist eindeutig – sie fällt – die Tasse. Das nennt man Evidenz. Es gibt keine Ausnahme – die Tasse fällt immer nach unten, wenn man sie über die Kante schiebt. Was brauchen wir also alle? Richtig – evidente Vorschläge, oder: die angestrengte Arbeit an

der Herstellung von Evidenz. Evidenzherstellung als wichtigste Maßnahme.

So – und jetzt? Genau: in den Human- und Sozialwissenschaften und den Geisteswissenschaften gibt es solche deutlichen Evidenzen nie, sondern nur „wahrscheinliche“ Zusammenhänge, solche mit ganz vielen Ausnahmen. Ist Gruppenarbeit schlecht? Antwort: meistens ja – aber nicht immer. Ist Frontalunterricht schlecht? Antwort: man kann ihn schlecht, aber auch gut machen. Welche Meinung ist nun richtig? Keine – richtige Antwort wäre: „schau'n mer mal“ oder „kann sein“ oder „kommt drauf an“ oder „je nachdem“. Noch ein Beispiel zum Üben: **Vorschulerziehung ist für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern für die spätere Schulkarriere wichtig. Na klar – ausnahmslos? Nö** – nur jeder/jede Fünfte würde dort für die spätere Schulzeit einen Nutzen haben. Bei fünf profitiert ein einziges Kind – den anderen vier ergeht es nicht besser als ohne Vorschulerziehung. (Übrigens: kein Impfstoff mit so einer Erfolgsquote würde jemals zugelassen)

Sie merken es schon – wir nähern uns der Corona-Krise. Natürlich sind alle politische Maßnahmen – genau wie pädagogische – „Eingriffe ins Unbekannte mit unbekanntem Ausgang“ – um zwei bedeutende Erziehungswissenschaftler aus der Vergangenheit zu zitieren (K.J. Klauer und W. Brezinka). Virologen (oder Klimaforscher) rotten sich zwar gerne zu „Evidenzgemeinschaften“ zusammen – aber Corona zeigt – mit erheblichen internen Widersprüchen. Die einen sagen so die anderen so. Hü oder hott. Drosten gegen Streeck. Die Kinderärzte gegen....

Die Ursachen sind schlicht: jede:r Prof, jede Gruppe will sich profilieren, also muss er/sie 'ne andere Meinung haben als der/die Kollege/in oder die anderen. Eitelkeit also. Wie primitiv. Sodann – Wissenschaftler entwickeln niedliche Prozeduren zur Bestimmung der Wahrheit einer Publikation – das „peer review“ (zwei andere Konkurrenten prüfen anonym die Arbeit). Oder: die Eminenzen halten ein Ergebnis für wahr. Sog. Eminenzorientierung statt Evidenzorientierung. Ha,ha.

Also: Die Notwendigkeit, Meinungen scharf auf Evidenz zu prüfen, ist „alternativlos“ – eine dringende Aufgabe für Politik und Medien. Man kann große Mengen von Menschen nicht überzeugen, wenn die vorgeschlagene

Maßnahmen nur eine wahrscheinlich minimale positive Folge haben – dann muss man kommunizieren „Wir garantieren keine totale Verbesserung – aber unser Vorschlag A ist wirksamer als der Vorschlag B oder C.“ Und nicht: „das sehen aber alle Kultusminister so“ – nach dem Motto: „wenn die das meinen, muss es wohl richtig sein“. Und ob der Biden-Weg besser ist als der Trump-Weg wird nicht an der 75 Millionen zu 70 Millionen Wählerquote entschieden.

Und: die meisten von uns haben null Ahnung von Pandemie, von Klimawandel, von der besten Bildung – ich „meine“ (sic! s.o.) niemand. Da wo keine wirklichen Evidenzen vorliegen – wie bei der stürzenden Espresso-tasse – gehen wir bitte mit dem Meinungsgegner so um, dass die eigenen Unsicherheiten kommuniziert werden. Der Zweifel an der eigenen Meinung ist die Voraussetzung von Demokratie. Nicht der radikale Kampf für eine Meinung – auch wenn sie sich auf eine Religion bezieht. Auch wenn sie „die Moral“ (wessen Moral bitte?) auf ihrer Seite meint. **Und erst wenn die Evidenz endlich glasklar ist – dann darf man Maßnahmen als „bekloppt“ oder „bescheuert“ oder als „gefährlich“ stem-peln. Vorher nicht. Vorher ist alles Populismus.** Den es politisch links, mitte und rechts gibt.

Was folgt? Das Leben ist unsicher. War es immer und wird es auch weiterhin sein. Niemand hat den Zusammenbruch des Ostblocks, den Aufstieg von Apple oder die Corona Pandemie vorausgesagt. Es gibt massive Grenzen der Erkenntnis und der Machbarkeit. Und das muss uns bescheiden und kleinlaut machen.

Aber – die Öffentlichkeit ist so vergesslich, es gab schon früher Forschungen zum geschickten Umgang mit „Unbestimmtheit und Komplexität“ (Dörner 1983), also mit Situationen wie der Pandemie, die neu ist – wie gehen wir vernünftig mit neuen Krisen und Katastrophen um? Mit dem unbekanntem Grauen? Unsere Regierenden verhalten sich – gemessen an den damaligen Ergebnissen durchaus richtig. Erfolgreiche Problemlöser verhalten sich wie folgt: „Sie gewinnen gezielt Systemwissen, um eine gute Grundlage für Zukunftsprognosen zu haben, sie beobachten die Auswirkungen früherer Eingriffe, bevor sie neue Eingriffe in das System vornehmen, sie berücksichtigen Fern – und Nebenwirkungen ihrer Handlungen, sie reflektieren immer wieder kritisch bisher getroffene Entscheidungen und Strategien...“ (Dörner u.a.1991)



Der in solchen Fragen inkompetente Zeitgenosse (klar: m/w/d) kann damit nichts anfangen. Gemäß dem Kruger-Dunning Effekt wächst die Überzeugung selber kompetent zu sein mit seiner tatsächlichen Inkompetenz. Er ist von der einfachen Machbarkeit und Lösbarkeit aller Probleme überzeugt. Die „da oben“ haben eben keine Ahnung...

Der erzieherischer Machbarkeitswahn war nie richtig. Er ist der blanke Populismus. **Wir können das Erziehungs- und Beschulungsparadies auf Erden nicht schaffen. Schaden haben jene angerichtet, die immer wieder „Mut zur Erziehung“ machen wollten, die „Mutmacher“, die „Erziehungskitsch“-Produzenten. Mit der Illusion, alle Nachteile durch Förderung wegzaubern zu wollen, kann man sich heute eigentlich nur lächerlich machen.**

Die Machbarkeit zu verbessern ginge nur, wenn die erziehungswissenschaftliche Forschung richtig und viel und kreativ forschen würde. Wenn sie sich also mal anstrengen würde. Bislang tritt sie offenbar absichtlich den Beweis für die Machbarkeit ihrer Vorschläge vorsichtshalber nicht an. Sie badet lieber lau im Elfenbeinturm. Statt selber evidente Lösungen vorzumachen, bemäkelt ein Kollege aus der Erziehungswissenschaft in diesen Monaten die Ideenlosigkeit der Basis – der Praxis würden „kluge Ideen“ fehlen. Nun, lieber Kollege, wo bleiben die klugen Ideen von Ihnen?

Es gibt keine bloßen Zuschauer mehr, keine distanzierten Meckereien, wenn ein neues schwerwiegendes Problem auftaucht. Mitmachen und Mithandeln ist gefragt. Ideen und umsichtiges Experimentieren sind gefragt. **Hauptschuldiger – so meine Meinung (s.o.) – an der Krise des Schulsystems sind Vertreter:innen der Erziehungswissenschaft – die der Praxis ohne ausreichende Evidenz dämliche Schulstrukturen und Unterrichtsmethoden empfohlen haben. Je mehr sie in einem Bundesland sich durchsetzen konnten, desto schlechter schnitten sie im Bundesvergleich ab. Nicht vergessen: Sachsen, Bayern, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben die besten MINT Schüler:innen. Schlusslichter: die Pädagogik Hochburgen Berlin, Hamburg, NRW, Bremen...**

Auch fragt man sich, was denn die vielen Steuerungsinstanzen (in Stadt und Land und im Regierungsbezirk) des Schulwesens machen, wenn es uns an

Lehrkräften fehlt? Ich schlage vor: Qualitätsinspektionen auflösen und das Personal in Schulen schicken. Und die Zwischeninstanzen zur Absegnung von Konzepten schlicht mal wieder unterrichten lassen und die nicht systemrelevanten Verwaltungsaufgaben kappen. Wir brauchen mehr Personal, das rudert und nur ganz, ganz, ganz wenige, die steuern. Und die sollten super rudern können.

Und wir sollten jene ermuntern, die Ideen entwerfen: Meidinger (Präsident Lehrer:innen Verband), Jutta Löchner (Landeselternschaft Gymnasien NRW) und Michael Felten (Bestsellerautor und erfahrener Mathe-Studienrat an Gymnasien) – unterstützen praxisnahe und pragmatische Lösungen: Schulzeitverlängerung wegen Schulzeitausfall (Meidinger) – absolut richtig und wissenschaftlich evident, „Kritik geht nicht ohne Selbstkritik.“ – „Viele von uns Eltern sind bequem“ (Löchner) – evident und belegbar, „halbe Klassen, halbe Zeit“ – intelligenter Schichtbetrieb (Felten).

Und immer wieder hört man die PR gestützte Forderung der Forschungsnehmer „Wir brauchen eine Studie“ (Klartext: sie brauchen Kohle) - nein: zunächst mal praxisnahe und kreative Lösungsideen. Und kein moralisches Gejammere, wenn nur noch die zweitbesten Bildungsmöglichkeiten (z.B. die Digitalisierung) zur Verfügung stehen kann. Neue Aufgabe: Wie kann man diese besser machen?

Bei der Gelegenheit – die Konfusion der Debatte zeigt sich auch an der Widersprüchlichkeit derselben Personen, die Anfang der Zweitausenderjahre locker auf ein ganzes Schuljahr verzichten wollten (bei der Umstellung von G9 auf G8) – und jetzt einen Aufstand wegen der um zwei Tage verlängerten Weihnachtsferien machen. Und vor einigen Jahren die G9 Einführung in NRW – die man hätte sofort und subito machen können – auf den St. Nimmerleinstag verschoben haben. Erst im Jahre 2026 gibt es Abiturienten mit G9 in NRW. Wer sich damals für „G9 sofort“ einsetzte, wurde kurzerhand „angebräunt“, weil die AFD dasselbe wollte. Sicher ganz im Sinne der Konfusionäre von der „cancel culture“: die verzichten sicher bald auf die Autobahnen (der größte Verbrecher aller Zeiten hat sie in Deutschland zu bauen begonnen) und ächten die Vegetarier (Hitler war einer – bis auf kleine Ausnahmen). Ach ja: Die Nazis haben G8 eingeführt...

Der Blick über den Tellerrand

Es gibt Zeitgenossen, die vehement in der derzeitigen Situation das Prinzip des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland für die offensichtlichen Kommunikationskrisen verantwortlich machen.

Offensichtlich ist es normal geworden, dass, wenn sich die Länderchefinnen und -chefs auf ein einheitliches Vorgehen verständigen, sich diese Einheitlichkeit, wenn alle wieder an ihren häuslichen Arbeitstischen sitzen, in Wohlgefallen auflöst. Jedes Land meint die absolute Wahrheit und Wahrhaftigkeit gepachtet zu haben und macht so weiter, wie bisher, wobei die Einheitlichkeit wieder futsch ist.

Der Bürger wundert sich und ist ärgerlich.

Wie sieht es bei unseren Landesbünden in Deutschland aus? Wie präsentieren sie sich auf ihren Internetauftritten? Es ist natürlich nur eine Augenblicksaufnahme.

Niedersachsen

VNL-Statement zur Schule während des verschärften Lockdowns

Hannover, 06.01.2021



Zu der von Kultusminister Grant Hendrik Tonne vorgestellten Unterrichtsregelung

während des verlängerten und verschärften Lockdowns im Januar 2021 erklärt Torsten Neumann, Vorsitzender des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte VNL/VDR:

„Die getroffenen Entscheidungen waren zu erwarten und tragen der Situation Rechnung. Sie geben allen eine gewisse Planungssicherheit. Wechselunterricht ist sehr wichtig für die Abschlussklassen in den Sekundarbereichen I und II. Diese Schülerinnen und Schüler müssen sich auf ihre Abschlussprüfungen vorbereiten können, das geht am Besten im Präsenzunterricht. Trotzdem dürfen alle anderen Schülerinnen und Schüler, insbesondere die jüngeren, nicht benachteiligt werden.

Die in den vergangenen Jahren nicht konsequent und insbesondere nicht rechtzeitig umgesetzte Digitalisierung der Schulen wird sich in der Situation des Distanz- und Wechselunterrichts negativ bemerkbar machen. Hier müssen umgehend weitere Anstrengungen erfolgen, damit betroffene Schülerinnen und Schüler nicht weiter benachteiligt werden. Wir müssen aufpassen, dass die heranwachsende junge Generation nicht auf die Verliererstraße gerät.

Unsere Lehrkräfte werden weiterhin ihr Bestes geben, um mögliche Defizite gar nicht erst aufkommen zu lassen bzw. diese gering zu halten. Es muss aber aufgepasst werden, dass es zu keiner Überbelastung unserer Lehrkräfte kommt, die Belastung ist bis jetzt schon viel zu hoch gewesen.

Wir erwarten von unserem Kultusminister für die Zeit nach dem 31. Januar 2021 klare, strikt an den RKI-Vorgaben orientierte Inzidenzgrenzwerte, wann eine Schule in den Wechselbetrieb und in das Homeschooling wechseln muss. Die Schulen müssen in die Lage versetzt werden, bis Ende des Schuljahres planen zu können.

Im Vordergrund müssen jedoch weiterhin der Schutz und die Gesundheit aller an Schule Beteiligten stehen. In der Schule müssen die gleichen Standards wie im Alltag gelten.“

Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, 06.01.2021



lehrer nrw sieht in der aktuellen Pandemielage keine Alternative zum Distanzunterricht.

Mit den Schulschließungen bis Ende Januar hat die Landesregierung zu einer Maßnahme gegriffen, die zwar sehr schmerzt, die jedoch angesichts des dramatischen Infektionsgeschehens nachvollziehbar und angemessen ist. „Klar ist und bleibt, dass das Lernen auf Distanz den Präsenzunterricht und das soziale Miteinander in den Schulen nicht ersetzen kann.

In der aktuellen Pandemielage gibt es aber leider keine Alternative zum Distanzunterricht. Das kurz vor den Weihnachtsferien praktizierte Mischmodell hat sich wegen der Gleichzeitigkeit von Distanz- und Präsenzunterricht als untauglich erwiesen. Daher ist es konsequent, dass die Landesregierung entsprechende Warnungen auch von unserer Seite aufgegriffen und sich zu der heute verkündeten Lösung durchgerungen hat.

Den Schulen bleibt damit ein kaum zu bewältigender Spagat zwischen Präsenz und Distanz erspart. Damit können die Ressourcen auf den Distanzunterricht konzentriert werden, um hier bestmögliche Bildung anbieten zu können. Ebenfalls zu begrüßen ist, dass den Schulen noch bis zu zwei Vorbereitungsstage eingeräumt wurden“, sagt Sven Christoffer, Vorsitzender von *Lehrer nrw*.

Klarheit schafft auch die Ankündigung von Schulministerin Yvonne Gebauer, weitere Klassenarbeiten bis zum Halbjahresende auszusetzen. Damit können Halbjahreszeugnisse auf Basis der bisher erbrachten schriftlichen und mündlichen Leistungen sowie der in den nächsten Wochen noch zu erbringenden Leistungen im Distanzunterricht vergeben werden. Dort, wo es in Schulen und Elternhäusern noch an technischer Ausstattung für das Lernen und Lehren auf Distanz mangelt, muss es schnelle und unbürokratische Lösungen geben. Natürlich brauchen die Schulen trotz der schwer zu prognostizierenden Pandemie-Entwicklung eine über den 31. Januar hinausgehende Perspektive. Können zum Beispiel die Lernstandserhebungen in Klasse 8 und die Zentralen Prüfungen in Klasse 10 in der gewohnten Form stattfinden? Können die Schülerbetriebspraktika durchgeführt werden? Dies sind nur einige der vielen offenen Fragen, die mit Blick auf das zweite Schulhalbjahr zu klären sind.

Hessen

Bad Nauheim, 08. Januar 2021



Schulbeginn in Hessen – Wir sind wieder einmal sehr enttäuscht worden!

Der Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Hessen e.V. (glb), die Arbeitsgemein-

schaft der Unabhängigen Lehrer Hessen (UL) und der Verband der Lehrer Hessen (VDL) halten die Hessischen Regelungen zum Schulbeginn für kontraproduktiv und nicht pandemieeinschränkend. Es werden bei den Eltern Erwartungen geweckt, die weder personell noch durch die digital schlecht ausgestatteten Schulen umzusetzen sind.

Welches Signal geht von den Regelungen der hessischen Landesregierung aus?

Wenn die maximale Eskalationsstufe in Hessen erreicht ist und der alles überstrahlende Wunsch aller Verantwortlichen aus Politik und Wissenschaft der ist, die Corona-Pandemie mit einer strengen Eingrenzung von Kontakten in den Griff zu bekommen, dann ist ein, wie auch immer geartetes Präsenzangebot an den Schulen kontraproduktiv. Wir wissen inzwischen, dass Infektionsketten natürlich auch über Kinder und Jugendliche in den Schulen stattfinden. Die nun aufgehobene Präsenzpflicht mit dem einhergehenden Angebot der (Not)Betreuung ist nicht geeignet, die Pandemie in den Griff zu bekommen und dem Bildungsauftrag gerecht zu werden. Denn es ist davon auszugehen, dass keineswegs nur 10-20% aller Schüler*innen in die Schule gehen werden. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass eher 2/3 bis 3/4 der Kinder vom Präsenzangebot Gebrauch machen werden. Schließlich ist nicht von einem Zeitraum von 3 sondern von 15 Tagen die Rede.

Im Vordergrund müssen weiterhin der Schutz und die Gesundheit aller an Schule Beteiligten stehen. In der Schule müssen die gleichen Regelungen wie für den Alltag gelten.

Mit der Entscheidung der Hessischen Landesregierung wurde erneut das RKI und dessen Datenlage nicht berücksichtigt. Aufgrund der Weihnachtsfeiertage und der Tage zwischen den Jahren hat das RKI darauf hingewiesen, dass valide Zahlen erst ab dem 17.01.2021 zu erwarten sind. Die Regelungen der Hessischen Regierung und des Hessischen Kultusministers sind erneut nur kurzfristig ausgerichtet und verlangen von den Schulleitungen Unmögliches. Innerhalb von zwei Tagen soll erneut ausgearbeitet werden, wie alle Eventualitäten unter der Vorgabe der maximalen Eskalationsstufe durchorganisiert werden sollen.

Lehrkräfte, Schulleitungen, Schüler*innen und Eltern räteln – Planungs-Blindflug

Teilweise haben Schulleitungen aufgrund der Verkündungen auf der Pressekonferenz vom 06.01.2021 erste

Maßnahmen geplant, die sie dann wieder revidieren mussten, nachdem der dazugehörige Erlass aus dem Kultusministerium kam. Endgültige Planungen können zudem erst erfolgen, wenn klar ist, wie viele Eltern ihre Kinder am 11.01.2021 in die Schule schicken werden. Unabhängig davon ist die hessische Variante der Präsenzpflichtfreigabe für die Jahrgangsstufen 1-6 und die verpflichtende Anwesenheit der Abschlussklassen nicht mit der Forderung der verschärften Kontakteinschränkungen kompatibel. Wenn in Familien nicht einmal die eigenen Kinder zu Besuch kommen dürfen, weil die Anzahl der zugelassenen Haushalte überschritten wird, ist es aber in den Schulen grundsätzlich zulässig, dass bis zu 30 Kinder einer Klasse mit ihren Lehrkräften (der Begriff subsummiert alle in Schule tätigen Professionen) zusammenkommen können. Ebendiese Kinder, die in den Klassenräumen nebeneinandersitzen, dürfen sich dann allerdings nachmittags nicht mehr treffen. Darüber hinaus dürfen Lehrkräfte dann zumindest während der Schulzeit wieder mit vielen anderen Haushalten (wir denken an eine Größenordnung von mindestens 70 bis über 100 Haushalten pro Tag) für mehrere Stunden in Kontakt treten, was außerhalb des Schulgeländes selbstverständlich nicht mehr gilt.

Die von Kultusminister Prof. Dr. Lorz an die Eltern gerichtete Bitte, die Kinder doch zuhause zu lassen, ist im Hinblick auf die Bemühungen der Pandemieeinschränkung nicht hilfreich und verursacht hessenweit aufgrund der fehlenden Planbarkeit eine nicht überschaubares und dem Bildungsauftrag nicht gerecht werdendes Organisationschaos mit der Möglichkeit von täglich wechselnden Gruppenzusammensetzungen. Die Entscheidungsverantwortung hat das Kultusministerium an die Eltern delegiert. An die Eigenverantwortlichkeit zu appellieren, anstatt Regelungen zu treffen, ist ein Wegducken der Verantwortlichen in Kultusministerium und Landesregierung. Gerade in den Grundschulen könnte dies ein Problem werden.

Außerdem sorgen die Regelungen für ein absolutes Ungleichgewicht unter den verschiedenen Schulformen der hessischen Schulen. Distanzunterricht ist an Grundschulen und weiterführenden Schulen – insbesondere mit einer hohen Anzahl von inklusiv beschulten Schüler*innen – nicht immer problemlos umsetzbar, da Eltern und Schüler*innen aus unterschiedlichen Gründen damit überfordert sind.

Zudem ist die Ausstattung mit mobilen Endgeräten für Schüler*innen nicht bedarfsgerecht vorhanden und lässt so etliche zurück. Fördervereine versuchen diese Lücke an einigen Standorten zu schließen; dieses lobenswerte Engagement kann aber nicht die fehlende Tätigkeit der Landesregierung ersetzen, die sich eigentlich schon längst darum hätte kümmern können und müssen.

Beruflichen Schule haben viele Abschlussklassen

Durch die vielen Abschlussklassen sind berufliche Schulen besonders belastet. Hier kommt eine hohe Anzahl von Schüler*innen zusammen. Dem wird dadurch Rechnung getragen, dass die Schulen entscheiden müssen, ob alle Abschlussklassen beschult werden können. Sollten die räumlichen und personellen Kapazitäten einer beruflichen Schule eine Präsenzbeschulung nicht für alle Abschlussklassen ausreichen, ist zunächst für die Klassen mit zentralen Prüfungen (Berufsschule, Berufliches Gymnasium, Fachoberschule) prioritär Präsenzunterricht anzubieten. In einem zweiten Schritt sind diejenigen Klassen zu berücksichtigen, deren Schüler*innen erfahrungsgemäß die größten Schwierigkeiten im Distanzlernen haben. Dies kann zu Ungleichbehandlung an verschiedenen beruflichen Schulen führen. Insbesondere die Schüler*innen in den Berufsvorbereitungs-, Berufsfachschul- und InteA-Klassen können aus vielfältigen Gründen keineswegs problemlos mit Distanzunterricht umgehen. Sie haben zum Teil erhebliche Schwierigkeiten im Umgang mit den digitalen Medien und kommen aus sozial und finanziell schwachen Familien und nicht alle zugesagten Maßnahmen greifen. Zudem bilden Sprach- und Verständnisschwierigkeiten eine große Hürde und die Schüler*innen benötigen Beständigkeit. Auch Schulabsentismus spielt eine Rolle.

Videokonferenzsysteme versus Datenschutzrichtlinie

Darüber hinaus erfüllen die für den Distanzunterricht und die Abstimmung der Lehrkräfteschaft notwendigen Videokonferenzsysteme immer noch nicht die Anforderungen der einschlägigen Datenschutzregelungen. So ist beispielsweise rätselhaft, wie eine Online-Notenkonferenz die notwendigen Ergebnisse erzielen soll, wenn in dieser weder über konkrete Schüler*innen noch über Noten gesprochen werden darf.

So nachvollziehbar der regierungsseitige Versuch der Koppelung von Maßnahmen an Inzidenzen und der

Wunsch nach Berücksichtigung besonderer Situationen (stärkerer Betreuungsbedarf jüngerer Schüler*innen, erhöhte Bildungsanforderungen für Abschlussklassen) ist, führt dies weiterhin zu hohen gesundheitlichen Risiken für Lehrer*innen, Schüler*innen und deren Familien und dem völligen Verlust von Planungssicherheit für den Schulstart am 11.01.2021, insbesondere in den Jahrgangsstufen 1-6, was der Bildungsqualität ebenso abträglich ist. Die Grundschulen stehen wieder einmal vor besonderen Schwierigkeiten und Hürden.

Sicht des glb, der UL und des VDL:

- **Die hessischen Schulen hätten bis zum 17.01.2021** (d.h. dem Zeitpunkt, zu dem lt. dem RKI verlässliche Zahlen vorliegen sollen) **geschlossen bleiben und dann – sofern die Ansteckungszahlen dies zulassen – mit kleinen festen Gruppen (maximal 15 Schüler*innen) in einem Wechselmodell in allen Jahrgängen geöffnet werden sollen, mindestens bis zu den Osterferien (Planungssicherheit).**
- **Wenn die Infektionszahlen am 17.01.2021 höher sein sollten als erwartet, dann sollte für alle Schüler*innen für zwei Wochen Distanzunterricht stattfinden und dann – je nach Pandemielage – entweder weiterhin in Distanzunterricht oder im Wechselmodell bis zu den Osterferien gearbeitet werden.**

Darüber hinaus fordern wir:

- Frühzeitige Impfangebote für Lehrkräfte
- stabile und datensichere Videokonferenztools
- kurzfristige Ausstattung aller Schüler*innen mit Tablets, die einen Zugriff auf die Schulportale ermöglichen, nebst technischem Support
- ENDLICH eine tatsächliche ZEITNAHE Bereitstellung schnellen Internets und WLANs an den Schulen – das gegenseitige Zuschieben von Verantwortlichkeiten der betroffenen Entscheidungsträger Landesregierung und Schulträger ist hier kontraproduktiv und führt zu keinem Ergebnis.

Was wir im Moment erleben, ist das völlige Organisationschaos. Schulen, Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern werden mit Anforderungen im Regen stehen gelassen, die nicht umsetzbar sind. Zudem mangelt es an Wertschätzung gegenüber den Lehrkräften, deren Gesundheit offenbar wieder weniger relevant ist als die anderer Berufsgruppen. Seit dem Sommer hätten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, verschiedene

Unterrichtsformen umzusetzen – diese Chance wurde vertan.

Mit den von uns oben genannten Punkten wäre es zumindest ermöglicht worden, dass sich die Schulen, die Lehrkräfte, die Eltern und die Schüler*innen auf eine einheitliche Vorgabe einstellen können. Schulen wären auch in der Lage, Spitzen abzufangen und einen Stundenplan zu erstellen, der auf klaren Entscheidungen für eine zumindest mittel- bis längerfristige Planung fußt. Der Versuch der Landesregierung, den Spagat zwischen Gesundheit und Bildungsqualität hinzubekommen, kann nur als Fehlschlag bezeichnet werden.

Wir sind wieder einmal sehr enttäuscht worden.

Sachsen-Anhalt

Merseburg, 03. Januar 2021



Ignoranz verhindert schnelles Ende der Corona-Pandemie. Böhm (VDR) fordert für die Schulen bundesweit klare Linie: „Inzidenzwerte müssen entscheiden.“ Angesichts der Entwicklung der Pandemie warnt Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des VDR, die Verantwortlichen davor, die in der Gesellschaft geltenden Hygienemaßnahmen des RKI an den Schulen nach dem 10. Januar weiter zu ignorieren und fordert endlich klare Linien. „Die Verantwortlichen müssen endlich erkennen, dass Inzidenzwerte und Abstandsregeln auch an den Schulen umgesetzt und eingehalten werden müssen!“, bekräftigt Böhm. „Ein 7-Tage-Inzidenzwert von 50 war und ist ein sinnvoller Grenzwert, zu dem in allen Jahrgangsstufen ab 5 verbindlich Wechselunterricht gelten muss.“ Über einem Wert von 50 sei es für die Gesundheitsämter kaum möglich, die Infektionsketten nachzuvollziehen. Ab einer Fallzahl von 100 sollten die Schulen laut Böhm in den Distanzunterricht wechseln. Die Schulen seien zum Großteil auf diese Situation vorbereitet und könnten Unterricht im Wechselmodell oder in Distanz gut organisieren und durchführen. Vor Ort habe man nach den gegebenen Möglichkeiten die Hausaufgaben erledigt und sich flexibel auf verschiedene Situationen eingestellt – zumindest soweit es die vorhandenen Rahmenbedingungen zuließen. „Dieses Engagement und den enormen Einsatz der Schulen nun mit den Füßen zu treten und gänzlich zu missachten,

kommt einem Affront gleich, der die Brisanz der Lage verkennt. In einigen Bundesländern will man immer noch nicht verstehen, dass es auch an den Schulen ein Infektionsgeschehen gibt und sich Kinder, Jugendliche und Lehrkräfte dort anstecken. Diese Tatsache wird mit einer Ignoranz und Arroganz unterschätzt, dass einem fast die Worte fehlen“, stellt der Bundesvorsitzende klar. Zudem müssten auch die Abstandsregeln an Schulen gelten: „Es kann nicht sein, dass die Schülerinnen und Schüler auf engstem Raum im Klassenzimmer über mehrere Stunden zusammensitzen, obwohl dies grundsätzlich in geschlossenen Räumen nicht erlaubt ist und trotz Maske ein Abstand von 1,50 m einzuhalten ist.“ Es sei absolut naiv zu glauben, dass ein Lüftungskonzept, das daraus besteht, nach 20 Minuten die Fenster für ein paar Minuten zu öffnen und das selbst dem Arbeitsschutz nicht mehr genügt, ausreiche, um die Kinder und Jugendlichen hinreichend zu schützen. Auch könne es nicht sein, dass Quarantänemaßnahmen an Schulen nicht durchgesetzt werden oder dass Tests nicht mehr durchgeführt werden, nur um die Statistiken zu schönen. „So erreicht man das Ende der Pandemie nicht so schnell, wie wir es uns wünschen“, so der Bundesvorsitzende. Böhm verweist zudem auf die Lernplattformen, die in den verschiedenen Bundesländern häufig mehr schlecht als recht angeboten werden. „Die Schulen brauchen praktikable Möglichkeiten, um ihren Unterricht und auch Leistungserhebungen in einem rechtlich gesicherten Raum abzuhalten. Im Grunde sind unsere Forderungen seit Monaten klar: Wechselunterricht ab einer Inzidenz von 50, Distanzunterricht ab 100, eindeutige Abstandsregeln auch an Schulen, rechtssichere und zuverlässige Lernplattformen und kein Abrücken von der Qualität der Abschlüsse“, fasst Böhm zusammen.

Rheinland-Pfalz

06. Januar 2021

VRB: Die Warnsignale wurden lange Zeit ignoriert. Späte Einsicht erfordert nun erhöhte Achtsamkeit und Verantwortung

Der Verband Reale Bildung hatte bereits nach den Herbstferien die Warnsignale an die Landesregierung gesendet: „Wir können unsere Schulen nicht weiterhin in der aktuell praktizierten Organisationsform gestalten“,



so die damalige Botschaft des VRB-Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler an die Politik. Der VRB forderte seit Wochen eine Kombination zwischen Präsenzunterricht und Heimunterricht für alle Klassenstufen.

Die nunmehr verschärften Maßnahmen sind auch eine Konsequenz der lange zögerlichen und verschleppten Entscheidungen. „Erwartungsgemäß werden nun auch die Schulen vorläufig in den Lockdown geschickt“, kommentiert VRB-Chef Lichtenthäler die heutige Entscheidung der Landesregierung hinsichtlich der vorgesehenen Stufenpläne im Schulbereich. Die Unterrichtung der Schülerinnen und Schüler sowie die sozialen Beziehungen müssen auch im Fernunterricht gewährleistet sein. „Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um einen Unterrichtskollaps zu vermeiden.

Aktuell ist sicherzustellen, dass Leistung weiterhin abverlangt und dokumentiert werden kann, dass die Lernplattformen funktionieren, dass die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Tablets forciert wird, dass das WLAN überall im Land durchgängig und gut funktioniert. Achtsamkeit und Verantwortung erfordern unmittelbares Handeln“, erklärt VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler.

Bayern

München, 06.01.2021



„Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrverbände“ fordert in der „zweiten Halbzeit mit Corona“ Verlässlichkeit, Struktur und Sicherheit

Die bewährte Struktur des bayerischen Schuljahres darf nicht den digitalen Versäumnissen der Vergangenheit geopfert werden. Mittlerweile ist klar, dass die Pandemie auch in den nächsten Wochen einen Präsenzunterricht in den bekannten Formen nicht zulassen wird. „Unsere Lehrkräfte werden wie bisher alles tun, damit Schule funktionsfähig bleibt und Schul- und Ausbildungsabschlüsse erreicht werden, gleichzeitig darf dabei das hohe Engagement unserer Kolleginnen und Kollegen nicht durch überzogene Maßnahmen enttäuscht werden“, erklärt Pankraz Männlein (VLB) unisono mit den Vorsitzenden der abl-Verbände Walburga Krefting (KEG), Jürgen Böhm (brlv) und Michael Schwägerl (bvp). Turnusgemäß zum 1. Januar hat der VLB-Landesvorsitzende

die Präsidentschaft der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände übernommen.

Was wir in dieser schwierigen Situation brauchen, sind klare Regelungen zum Einsatz der Unterrichtsformen (Präsenz-, Wechsel- und Distanzunterricht). Diese müssen den Schularten des differenzierten Schulsystems angepasst sein. Dabei müssen die Grundschulen schneller wieder in den Wechselunterricht gebracht werden - einhergehend mit einem verstärkten Gesundheitsschutz. Auch auf die Abschlussklassen muss, wie bisher, ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Insgesamt sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um für das verbleibende Schuljahr Kontinuität zu gewährleisten, damit alle Beteiligten sich möglichst lange auf geregelte Strukturen und einen klar kommunizierten Ablauf einstellen können. Es kann nicht sein, dass über Erholungsphasen

für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte beliebig verfügt wird und Ferien mit regulärem Unterrichtsbetrieb belegt werden.

Daher sind Politik und Bildungsverwaltung jetzt aufgefordert, entsprechend mutig zu handeln, denn erfolgreiches Lernen braucht auch in Pandemie-Zeiten Sicherheit, Struktur und Verlässlichkeit.

In der **Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände** arbeiten seit über 40 Jahren der brlv, der bpv, die KEG und der VLB erfolgreich zusammen und setzen sich für über 150.000 bayerische Lehrkräfte ein, die insgesamt rund 1,7 Mio. Schülerinnen und Schüler des in 22 Schularten differenzierten bayerischen Bildungssystems unterrichten.

Der kritische Blick in die Vergangenheit

Der Blick zurück

Gerade in der augenblicklichen Zeit, in der selbsternannte Verschwörungstheoretiker unterwegs sind, müssen wir uns verstärkt um das, was in unserem Land geschehen ist, kümmern.

Auch wir wollen unsere Augen vor der Vergangenheit nicht verschließen. Nur wenn wir uns mit diesen Geschehnissen beschäftigen, können wir Zukünftiges verhindern.

Der nachfolgende Beitrag ist in Heft 273 des Verbandes im Jahr 2000 erschienen.

Den ersten Teil veröffentlichen wir hier. Die weiteren Teile werden in den nächsten Ausgaben unseres Magazins erscheinen.

Der Autor des nachfolgenden Artikels war Mitglied in unserem Verband und gehörte bis zu seinem Tod 2018 zum Bezirk „Untere Elbe“ (früher „Steinburg“).

Schleswig-holsteinische Mittelschullehrerschaft und Nationalsozialismus. (Teil 1)

Politische und pädagogische Affinitäten.

Dr. Robert Patett

1.0 Einleitung

Die vorliegende Untersuchung macht es sich zur Aufgabe, die schleswig-holsteinische Mittelschullehrerschaft in ihrem Verhalten zum Nationalsozialismus darzustellen. Dieses Verhalten drückt sich am deutlichsten in der Stellung zur Erzieherorganisation aus, die der auf totale Herrschaft ausgerichtete Staat eingesetzt hatte, nämlich den "Nationalsozialistischen Lehrerbund" (NSLB). Die vorliegende Abhandlung versucht, im ersten Kapitel die Herrschaftsübernahme des "Deutschen und Preußischen Vereins für das mittlere Schulwesen", dem auch der schleswig-holsteinische Provinzialverein angehörte, durch den NSLB in ihren einzelnen Schritten aufzuzeigen. Intensität und Schnelligkeit dieses Vorgangs lassen bereits einen Schluss auf den Grad der Affinität der Mittelschullehrerschaft zum Nationalsozialismus zu.

Die Hauptquelle dieses ersten Kapitels stellt das Verbandsorgan *„Die Mittelschule – Zeitschrift für das mittlere Schulwesen“*, Halle, Jahrgänge 1932-1942 (ab 1934 *„Zeitschrift der Reichsfachschaft Mittelschule im NSLB“*) dar. Es bringt im allgemeinen landesübergreifende Beiträge, in einem Sonderteil aber Nachrichten aus den Provinzen, so auch aus Schleswig-Holstein.

In einem zweiten Kapitel soll die grundsätzliche Haltung der Lehrerschaft zum Nationalsozialismus aufgezeigt werden, um so zu einem besseren Verständnis einer Prädisposition für die neue Ideologie zu kommen. Das dritte Kapitel zeigt auf, dass Leitbegriffe der Reformpädagogik und der akademischen Erziehungswissenschaft wie *„Heimat“* und *„Gemeinschaft“*, *„Erlebnis“* und *„Deutschkunde“* von den Nationalsozialisten okkupiert und in ihrem Sinne umgedeutet wurden. In einem Schlusskapitel wird das Thema einer zusammenfassenden Gesamtbetrachtung unterzogen.

2.0 Die Herrschaftsübernahme des schleswig-holsteinischen Mittelschullehrerverbandes durch den „Nationalsozialistischen Lehrerbund“ (NSLB) 1933/34

Die ersten Wochen und Monate nach dem Regierungswechsel am 30.1.1933 waren gekennzeichnet durch die Absicht der neuen Machthaber, alle Berufsverbände und Vereine in Deutschland in nationalsozialistische Gruppierungen umzuwandeln, ihre Vorstände nach dem Führerprinzip (ohne demokratische Legitimation) zusammensetzen und die nationalsozialistische Ideologie zur Grundlage der Vereinsarbeit zu machen. Wie wirkte sich dieser Plan auf den Deutschen bzw. Preußischen Verein für das mittlere Schulwesen und damit auch auf den schleswig-holsteinischen Provinzialverband aus?

Seine grundsätzliche Haltung wird deutlich an dem Hauptbeitrag der Verbandszeitschrift *„Die Mittelschule“* vom 29. März 1933, betitelt *„Zur Lage“*. In ihm schreibt der Vorsitzende des Preußischen Vereins für das mittlere Schulwesen, Thielke, folgenden proklamatischen Text:

„Eine neue Zeit hat begonnen. Die Berufsverbände nehmen in Aufrufen und Entschließungen Stellung zur Lage. Sie erklären ihre Bereitwilligkeit, sich auch der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen. Die Mittelschullehrerschaft kann von solchen Erklärungen absehen. Sie hat 14 Jahre lang auf den Tag der deutschen Erhebung gehofft. Sie hat 14 Jahre lang gegen ein System kämpfen müssen, das ihrer Schule als erbitterter Feind gegenüberstand. Sie

hat 14 Jahre die Zeit herbeigesehnt, die ihr die Kräfte für deutsche Arbeit an deutscher Schule freigab. Dieser Augenblick ist jetzt gekommen. Wir können nunmehr unter einer nationalen Regierung, von äußerem und innerem Zwang befreit, unsere Arbeit in demselben Geiste fortsetzen, in dem wir sie während der 14 Jahre getan haben. Unser Ziel bleibt nach wie vor Aufbauarbeit an der Mittelschule zur Schaffung einer wahren deutschen Volksgemeinschaft.“

Unverkennbar spricht aus dem Artikel eine begeisterte Zustimmung zur neuen Regierung. Das vergangene parlamentarische System wird als erbitterter Feind der Mittelschule bezeichnet. Ihre Lehrerschaft habe 14 Jahre lang auf den *„Tag der deutschen Erhebung“* gehofft. Solche Formulierungen lassen vermuten, dass zumindest einer Zusammenarbeit mit dem NSLB, der Lehrerorganisation der neuen Regierung, kein Widerstand entgegengebracht werden wird.

Tatsächlich berichtet die *„Mittelschule“* knapp 14 Tage später von einer Zusammenkunft der Vertreter aller Lehrerverbände in Leipzig mit Reichsleiter Schemm, dem Vorsitzenden des NSLB. Die Mittelschullehrerschaft ist durch zwei Kollegen aus Berlin vertreten, jahrelangen Mitgliedern des NSLB. Diese sprechen seiner Leitung das Vertrauen der Mittelschullehrer aus und fordern sämtliche Kollegen und Kolleginnen auf, nunmehr Mitglied im NSLB und damit in der dortigen Arbeitsgemeinschaft der Mittelschullehrer zu werden. Die bisherige Organisation, der Deutsche und Preußische Verein für das mittlere Schulwesen, solle zunächst bestehen bleiben, bis die Überführung rechtlich einwandfrei stattgefunden habe. (1)

Man erfährt aus dem vorliegenden Artikel, dass viele Mittelschullehrer bereits Mitglied im NSLB sind, manche schon jahrelang, wahrscheinlich seit 1930/31. Der Mittelschullehrerverband muss gegen eine solche Doppelmitgliedschaft nichts einzuwenden gehabt haben trotz seiner demokratisch verfassten Vereinsstruktur und betont politisch neutralen Haltung. Auch über die bisherige Organisation wird einiges berichtet. So sind die Vertreter der Schularten in speziellen Arbeitsgemeinschaften zusammengefasst und bilden die Grundstruktur des Verbandes unmittelbar hinter der Vereinsspitze mit seinem Vorsitzenden, Reichsleiter und Kultusminister Schemm. Nach unten verzweigt sich der Verein in Kreis- und Ortsgruppen.

Um eine geordnete Überführung in den NSLB zu gewährleisten, fordern die Vorsitzenden des Deutschen und Preu-



Bischen Vereins für das mittlere Schulwesen ihre Mitglieder immer wieder auf, nicht vorschnell auszutreten, sondern das Auflösungs- und Übergabeverfahren abzuwarten, das einige Zeit dauere. (2) Es solle zunächst zu einer korporativen Überführung kommen, nachdem eine deswegen abgehaltene Urabstimmung positiv ausgegangen sei. Zwischenzeitlich könne ja eine Einzelmitgliedschaft im NSLB vorgenommen werden.

Diese korporative Überführung fand am 6./8. Juni 1933 in Kiel anlässlich einer Vertreterversammlung des Deutschen und Preußischen Vereins statt. Tages- und Verbandspresse feiern dieses Ereignis als einen "Markstein in der Geschichte unserer Schule und unserer Organisation". Gleichzeitig führt auch der Provinzialverband Schleswig-Holstein seine jährliche Vertreterversammlung durch. Im Amt des Vorsitzenden findet ein Wechsel statt, von Mittelschulrektor a.D. Stegemann, Neumünster, zu Mittelschulrektor Cölln, Wesselburen. Der anwesende Landesvorsitzende drückt die Hoffnung aus, dass der Bestand der Mittelschule nicht mehr gefährdet sei, (3) eine Bemerkung, die anfängliche Besorgnis erkennen lässt, nicht zuletzt wegen der ursprünglichen Zusage des NSLB an die Volksschullehrerschaft, eine einheitliche Schule und einen einheitlichen Lehrerstand schaffen zu wollen, (4) was ja auf eine Einheitsschule hinausgelaufen wäre und die Auflösung der Mittelschule bedeutet hätte.

Endlich kann auch die formale Auflösung des Vereins vollzogen werden. Die Ausgabe der "Mittelschule" vom 20.9.1933 teilt ihren Lesern mit, dass der "satzungsgemäße Beschluss, den Preußischen Verein für das mittlere Schulwesen mit dem 30. September d.J. aufzulösen", fast einstimmig gefasst worden sei. Die "Löschung des Vereins im Vereinsregister zu dem genannten Termin" werde beantragt.

Mit der Auflösung des Preußischen Vereins hatte auch der Provinzialverband Schleswig-Holstein aufgehört zu bestehen. Auf seiner letzten Sitzung Ende September 1933 teilte der Vorsitzende, Mittelschulrektor Cölln, Wesselburen, den versammelten "Kollegen aus allen Teilen der Provinz im Kongressaal des Bahnhofshotels in Neumünster" die bevorstehende Auflösung mit. Danach "schloss er die Mitglieder des NSLB [...] zu Orts- und Kreisfachgruppen der Mittelschullehrer zusammen und bildete durch den Zusammenschluss der Kreisfachgruppen die Gaufachgruppe". Mittelschulrektor Maaßen, Preetz, konnte in einem Vortrag berichten, dass die schulpolitischen Vorstellungen des Ver-

bandes Realität würden, nämlich "eine breite, starke, gesunde Volksschule, eine schmale höhere Schule als wissenschaftliche Leistungsschule und dazwischen als Herz- und Kernstück ein mittelbreites Mittelschulwesen". (5)

Deutlich kann an dem vorstehenden Bericht die Organisation des NSLB abgelesen werden. Er gliedert sich in den Gau Schleswig-Holstein mit seinen Kreis- und Ortsgruppen. Dazu gehören die schulartgebundenen Fachgruppen. Als Gaufachschaftsleiter für die Mittelschule wird Mittelschulrektor Cölln als letzter Vorsitzender des Provinzialverbandes Schleswig-Holstein bestimmt. Die Namen der Kreisleiter der Fachgruppe Mittelschule sind folgende:

„Stadtkreis Altona: M.R. Horn, Altona – Elbe, Eimsbüttelerstr. 58,
Stadtkreis Wandsbek: M.L. Boller, Wandsbek,
Kreis Lauenburg: M.L. Heinrich Kähler, Mölln, Lbg. ,
Kreis Stormarn: M.L. Dr. Jürgens, Bargteheide,
Kreis Pinneberg: M.L. Bergmann, Pinneberg,
Kreis Steinburg: M.L. Schuldt, Wilster, Kohlmarkt,
Kreis Plön: M.R. Maaßen, Preetz,
Stadtkreis Kiel: M.R. Laage, Kiel, Holtenauer Str. 130,
Stadtkreis Neumünster: M.R. Carstens, Neumünster, Klaus-Groth-Str.,
Kreis Eckernförde: Kiel angeschlossen,
Kreis Rendsburg: M.L. Carstensen, Rendsburg, Königskoppel,
Kreis Süderdithmarschen: M.Kr. Heidorn, Brunsbüttelkoog,
Kreis Norderdithmarschen: M.R. Cölln, Wesselburen,
Kreis Husum: M.Kr. Bogenschneider, Bredstedt,
Kreis Eiderstedt: M.L. Gronau, Tönning,
Kreis Südtondern: M.R. Hoffeins, Westerland,
Kreis Schleswig: M.R. Albers, Kappeln/Schlei,
Kreis Flensburg-Land: ohne Mittelschulen,
Kreis Flensburg-Stadt: M.R. P. Schmidt, Flensburg, Duburger Str. 27 III.,
Kreis Bordesholm: Kiel angeschlossen,
Kreis Segeberg: Rektor Steuerwald, Segeberg". (6)

Deutscher und Preußischer Verein für das mittlere Schulwesen bestanden seit dem Frühherbst 1933 praktisch nicht mehr, wenn auch die Überführung des Vermögens und die Abwicklung der Vereinsgeschäfte sich noch hinzogen. In einer Art vorauseilendem Gehorsam hatten sie zusammen mit den anderen Lehrerverbänden ihren Anschluss an die neue Bewegung vollzogen und nicht erst staatliche Repressionsmaßnahmen abgewartet.

Als Abschluss und Höhepunkt der "Gleichschaltung" aller schleswig-holsteinischen Lehrerverbände fand am 3. und 4. Februar 1934 die erste als "Gautag" bezeichnete Veranstaltung des NSLB in Kiel statt. Es handelte sich um eine Propaganda- und Demonstrationsveranstaltung, die der Öffentlichkeit die vollzogene "Eingliederung der Erzieher [...] in die Einheitsfront des Nationalsozialismus" (7) zeigen sollte. Auf die am Sonntagvormittag abgehaltenen Sitzungen der einzelnen Fachschaften (Hochschullehrer, Lehrer an höheren Schulen, an Mittelschulen und an Volksschulen) folgten am Nachmittag auf der "Hauptfestkundgebung in der Nordostseehalle" (8) nach "Einzug der Fahnen der SA" unter den Klängen des "Badenweiler Marsches" (9) die Ansprachen des Gauobmannes Petersen, des Kultusministers Rust und des Kultusministers Schemm als Reichsleiter des NSLB. Der militärisch-theatralische Rahmen war typisch für spätere gleichartige Kundgebungen, die mehr das Gefühl als den kritischen Verstand ansprachen und für eine Verinnerlichung der nationalsozialistischen Ideologie sorgen, gleichzeitig aber Gegner oder noch abseits Stehende einschüchtern sollten.

Eine breite Wiedergabe in der Berichterstattung der "Mittelschule" fand naturgemäß die Tagung der "Fachschaft 3 Mittelschule". Auf ihr sprachen der Reichsfachschaftsleiter Thielke, Berlin, der ehemalige Vorsitzende des Preußischen Vereins für das mittlere Schulwesen, Mittelschulrektor Maaßen, Preetz, sowie der Gaufachschaftsleiter Cölln, der letzte Vorsitzende des schleswig-holsteinischen Verbandes. Thielkes und Cöllns Ansprachen weisen bereits Begriffe und Floskeln der nationalsozialistischen Ideologie auf. So ist bei ihnen die Rede vom "Glauben an die Idee des Nationalsozialismus" und von der "Erziehung zum deutschen Menschen und zur Volksgemeinschaft". Sachlicher stellt sich der Vortrag von Maaßen dar, der über die "Stellung der Mittelschule im Schulaufbau des Dritten Reiches" referiert. Er begründet die Dreigliedrigkeit des Schulwesens und spricht allen "Rektoratsschulen, höheren Mädchenschulen, Realschulen und Lyzeen" ihre "Daseinsberechtigung" ab. Sie müssten in Mittelschulen umgewandelt werden. Hier argumentiert Maaßen wie schon zu Zeiten der Weimarer Republik, wo er ebenfalls als Verfechter einer selbständigen Mittelschule auftrat. Seine Reverenz vor der herrschenden Ideologie erweist er aber durch folgenden Schlusssatz: "Der Nationalsozialismus als der organisierte Lebens- und Zukunftswille will einen volksbiologischen Schulaufbau, eine sozialistische und rassistisch bedingte Schule". (10) Maaßens energisches Eintreten für die Mittelschule als eigenständige

Schulform, aber auch die Verbreitung nationalsozialistischer Ideengutes bei der Lehrerschaft trugen ihm 1934 das Amt eines Reichsfachschaftsleiters für Mittelschulen im NSLB und 1936 die Berufung zum Stadtschulrat von Frankfurt/M ein. (11)

Als Abschluss dieses gesamten Kapitels soll ein Beitrag in der "Mittelschule" über die "fruchtbare Fachschaftsarbeit im Gau Schleswig-Holstein" stehen. (12) Er berichtet von einer "Versammlung der Kreisfachschaftsleiter" am 24.6.1934, die von "Gaufachschaftsleiter Cölln" eröffnet wird. Der Gau sei, so führt Cölln bei der Begrüßung aus, bis zur letzten Ortsfachschaft "durchgegliedert". Allerdings brauche er noch Gaufachschaftsreferenten für bestimmte Fächer: Deutsch, Geschichte, Religion und Biologie. Nach diesen Eingangsworten folgen zwei Vorträge zu Unterrichtsfächern, einmal "Rassenkunde und Rassenpflege im Biologieunterricht der Mittelschule" und anschließend "Neue Ziele und Aufgaben im Geschichtsunterricht der Mittelschule".

Man kann wohl mit Fug und Recht sagen, dass ab Mitte 1934 der organisatorische Aufbau der "Fachgruppe Mittelschule des Gau Schleswig-Holstein" abgeschlossen war und die ideologische Schulung der Lehrerschaft durch den NSLB beginnen konnte.

Anmerkungen

1 Die Mittelschule v. 12.4.1933.

2 Ebd. 1933, S.294.

3 Ebd. 1933, S.461.

4 Schleswig-Holsteinische Schulzeitung, hrg. vom Allgemeinen Schleswig-Holsteinischen Lehrerverein. Kiel 1933, S.461.

5 Die Mittelschule 1933, S.585.

6 Schleswig-Holsteinische Schulzeitung 1934, S.83.

7 Ebd. 1934, S.20.

8 Die Mittelschule 1934, S.66.

9 Schleswig-Holsteinische Schulzeitung 1934, S.21

10 Die Mittelschule 1934, S.65f.

11 Ebd. 1936, S.534.

12 Ebd. 1934, S.282.

Anm. d. Red.: Teil 2 ist bereits im Archiv der IVL-SH unter <https://www.ivl-sh.de/unser-archiv.html> zu lesen.



Schauen Sie doch einfach mal vorbei
<https://www.facebook.com/lvlsh/?fref=ts>

Beitragsordnung 2021 der IVL-SH

§ 1 Grundsatz

Diese Beitragsordnung ist nicht Bestandteil der Satzung. Sie regelt die Beitragsverpflichtungen der Mitglieder. Sie kann nur von der Landesvertreterversammlung der IVL-SH geändert werden.

§ 2 Beschlüsse

1. Die Landesvertreterversammlung beschließt die Höhe des Beitrags.
2. Die festgesetzten Beiträge werden mit Wirkung ab 1. Januar des folgenden Jahres erhoben, in der der Beschluss gefasst wurde. Durch Beschluss der LVV kann auch ein anderer Termin festgelegt werden.

Besoldung	Beschäftigungsumfang				Pensionäre	
	über 75% bis 100%		bis 75%		monatl. Beitrag	Beitragsgruppe
	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe		
A 12	16,30 €	B 04	14,10 €	B 11	9,10 €	B 25
A 13	17,50 €	B 05	15,50 €	B 12	9,80 €	B 26
A 14	19,40 €	B 06	16,90 €	B 13	10,40 €	B 27
A 15 und höher	21,10 €	B 07	18,10 €	B 14	11,20 €	B 28

Vergütung	Beschäftigungsumfang				Rentner	
	über 75% bis 100%		über 50% bis 75%		monatl. Beitrag	Beitragsgruppe
	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe		
EG 11	13,30 €	A 03	11,70 €	A 08	6,70 €	A 18
EG 12	14,60 €	A 04	12,10 €	A 09	7,50 €	A 19
EG 13	16,30 €	A 05	14,00 €	A 10	8,70 €	A 20

Gruppe	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe
Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst	4,60 €	S 01
Studierende, Arbeitslose, beurlaubte Lehrkräfte, Beschäftigte (unter 1 Jahr)	2,00 €	S 02
Beschäftigte (mindestens 1 Jahr)	6,30 €	S 03

§ 3 Beitragshöhe

Die Beitragshöhe* 2021 ergibt sich entsprechend der nachfolgenden Tabelle.

§ 4 Bankeinzug

1. Die Mitgliedsbeiträge werden regelmäßig zu folgenden Terminen eingezogen
15.02. – 15.05. – 15.08. – 15.11.
Danach tritt automatisch Verzug ein.
2. Beitragsrückstände werden rückwirkend bis zu drei Jahren erhoben.
3. Jedes Mitglied ist verpflichtet, eine Änderung des Beschäftigungsumfanges oder der Besoldungs – bzw. Entgeltgruppe und der Bankverbindung unverzüglich der Geschäftsstelle mitzuteilen.
4. Ein falsch angezeigtes Beschäftigungsverhältnis oder Beitragsrückstände von mehr als drei Monaten führen zum Verlust des Versicherungsschutzes. Die Nachweispflicht obliegt dem Mitglied.

5. Gebühren für Rücklastschriften werden, sofern der Widerspruch unbegründet war, dem Mitglied in Rechnung gestellt. Eingezogene Beiträge gelten nach acht Wochen nach Buchungsdatum als anerkannt.
6. Für Mitgliedsbeiträge, die nicht mittels Lastschrift abgebucht werden, fällt zum Mitgliedsbeitrag eine zusätzliche Kostenpauschale von 5,00 € pro Quartal an.
7. Der Landesvorstand setzt den Mitgliedsbeitrag für Partner von Mitgliedern und fördernde Mitglieder gesondert fest.

§ 5 Stundung

Auf Antrag kann der Vorstand die Stundung – im Falle sozialer Härten auch den Erlass der Beiträge – für höchstens ein Jahr beschließen.

* Hinweis: Gemäß Beschluss der Landesvertreterversammlung vom 20.11.2014 ist der Beitrag entsprechend den Veränderungen der Gehälter und Vergütungen der Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein jeweils zum 01.01. eines Jahres anzupassen, das auf den Veränderungstermin folgt.

Geburtstage März 2021 bis Mai 2021 (Ruheständler ab 65 Jahre)

Wir gratulieren unseren Mitgliedern ganz herzlich.
Bitte seien Sie vorsichtig und bleiben Sie gesund.

März 2021

- 01.03. Käte Kossel, Brunsbüttel, Jg. 1952
- 01.03. Doris Kossel, Heide, Jg. 1952
- 01.03. Kirsten Schmitt, Bad Segeberg, Jg. 1953
- 02.03. Heide Suckow, Heist, Jg. 1954
- 02.03. Gert Heimann, Rendsburg, Jg. 1945
- 04.03. Ulrike Quadfasel, Wedel, Jg. 1950
- 05.03. Rolf Zander, Wentorf, Jg. 1937
- 07.03. Hans Rickert, Sankt-Peter-Ording, Jg. 1942
- 07.03. Volker Rozowski, Itzehoe, Jg. 1943
- 08.03. Regina Weiß, Neumünster, Jg. 1951
- 10.03. Anja Hitzer, Berlin, Jg. 1943
- 13.03. Burkhard Beierlein, Friedrichstadt, Jg. 1953
- 13.03. Ludwig Pesch, Flintbek, Jg. 1942
- 15.03. Ursula Schlüter, Kiel, Jg. 1945
- 19.03. Jürgen Winterstein, Boostedt, Jg. 1940
- 19.03. Jürgen Mohr, Elsdorf, Jg. 1933
- 20.03. Inge Schubert, Hohn, Jg. 1949
- 20.03. Günter Schwirz, Lauenburg, Jg. 1925**
- 21.03. Peter Barchfeld, Flintbek, Jg. 1938
- 21.03. Elke Both, Oldenburg, Jg. 1938
- 22.03. Rotraud Köpke, Altenholz, Jg. 1931
- 22.03. Rasmus Linde, Neustadt, Jg. 1953
- 24.03. Elke Stamm, Ottendorf, Jg. 1955
- 25.03. Sigrid Suhr, Halstenbek, Jg. 1941
- 25.03. Maria Raabe, Wesseln, Jg. 1952
- 26.03. Elke Bestmann, Hitzhusen, Jg. 1955
- 27.03. Elisabeth Krafft, Ahrensburg, Jg. 1929
- 31.03. Antje Claassen, Mittelangeln, Jg. 1934

April 2020

- 01.04. Martin Wodtke, Kiel, Jg. 1949
- 03.04. Gudrun Prox-Siemokat, Bad Bramstedt, Jg. 1941
- 04.04. Brigitta Sypli, Lübeck, Jg. 1937
- 04.04. Jörg Noglik, Seester, Jg. 1950
- 06.04. Sigrid Kiefmann, Altenholz, Jg. 1948
- 06.04. Antje Hirschfeld, Altenholz, Jg. 1943
- 07.04. Torsten Boll, Wacken, Jg. 1955
- 08.04. Helmut Petersen-Schmidt, Heide, Jg. 1922**
- 08.04. Bärbel Reidel, Hamburg, Jg. 1953
- 09.04. Gisela Graeve, Köppels, Jg. 1943
- 10.04. Wolfgang Müller, Niendorf, Jg. 1940

- 11.04. Walter Matthiesen, Süsel, Jg. 1940
- 11.04. Jürgen Schrader, St. Michaelisdonn, Jg. 1939
- 11.04. Hembert Henning, Groß Grönau, Jg. 1941
- 12.04. Anna Lorenzen, Wesselburen, Jg. 1941
- 15.04. Helmer Lange, Dassendorf, Jg. 1942
- 16.04. Nobert Buck, Husum, Jg. 1953
- 16.04. Maria Beyer, Kiel, Jg. 1954
- 12.04. Uwe Möller, Eckernförde, Jg. 1948
- 12.04. Friedrich Möller, Neumünster, Jg. 1948
- 18.04. Silke Brodersen, Kappeln, Jg. 1950
- 19.04. Manfred Ruß, Lensahn, Jg. 1943
- 24.04. Brigitte Levezau, Lübeck, Jg. 1949
- 24.04. Helmuth Gansekow, Helgoland, Jg. 1940
- 25.04. Rolf Latte, Norderstedt, Jg. 1943
- 26.04. Ingrid Bindzus, Lauenburg, Jg. 1955
- 30.04. Dörte Nolte, Kremperheide, Jg. 1939

Mai 2020

- 01.05. Ingrid Debiler, Ahrensböök, Jg. 1946
- 01.05. Doris Krause-Stoll, Pinneberg, Jg. 1953
- 01.05. Petra Lamp, Köhn, Jg. 1954
- 01.05. Sabine Rießling, Kiel, Jg. 1955
- 04.05. Ingrid Fischer, Altenholz, Jg. 1953
- 05.05. Rüdiger Scheibner, Wentorf, Jg. 1936
- 05.05. Elfriede Thierbach, Bad Segeberg, Jg. 1938
- 06.05. Edelgard Jähnke, Reinfeld, Jg. 1951
- 07.05. Harro Rhenius, Lübeck, Jg. 1943
- 08.05. Rosita Prühs, Schönwald, Jg. 1952
- 09.05. Arne Claußen, Haselau, Jg. 1952
- 09.05. Ellen Gruhn, Kronshagen, Jg. 1954
- 09.05. Nahnsen Martin, Elmshorn, Jg. 1925**
- 11.05. Wilhelm Sievers, Heide, Jg. 1952
- 11.05. Elisabeth Steincke, Heide, Jg. 1949
- 13.05. Elke Blum, Itzehoe, Jg. 1948
- 16.05. Ute Willer, Brunsbüttel, Jg. 1955
- 17.05. Erhard Freudenstein, Windeby, Jg. 1938
- 17.05. Johannes Willer, Brunsbüttel, Jg. 1948
- 20.05. Gitta Mischke, Brodersdorf, Jg. 1951
- 21.05. Vera Brammann, Borgstedt, Jg. 1954
- 21.05. Harriet Schalkowski-Zyzik, Itzehoe, Jg. 1951
- 22.05. Achim Böst, Hamburg, Jg. 1945
- 24.05. Annelie Stümpert, Stein, Jg. 1949
- 25.05. Rainer Ginzler, Berlin, Jg. 1954
- 27.05. Harry Bauer, Heikendorf, Jg. 1954
- 29.05. Ingrid von Coler, Wahlstedt, Jg. 1951
- 29.05. Wolfgang Balasus, Mooregge, Jg. 1950
- 30.05. Jes-Peter Thomsen, Treia, Jg. 1952
- 31.05. Jürgen Bender, Kiel, Jg. 1947

„Neuer Wein in alten Schläuchen“ das möchte ich unserer Bildungsministerin Karin Prien (CDU) zurufen, wenn Sie betont, dass das Fach Wirtschaft/Politik an allen weiterführenden Schularten angeboten wird und einen wesentlichen Beitrag zur Demokratieerziehung darstellt.

Bereits auf unserer Verbandstagung im November 2001 betonten wir die Notwendigkeit der Vertiefung des Faches Wirtschaft/Politik.

10 Thesen zur ökonomischen Bildung

Prof. Dr. Klaus-Peter Kruber, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel Fachbereich: Wirtschaft/Politik und ihre Didaktik

Stärkung der ökonomischen Bildung durch Ausbau des Faches Wirtschaft/Politik – ein Schwerpunkt der Realschulen in Schleswig-Holstein

These 1: Ökonomische Bildung ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Allgemeinbildung in allen Schularten spätestens ab der 5. Klasse.

Wirtschaftliche Vorgänge betreffen jeden einzelnen in vielfältiger Weise, ob im privaten oder im beruflichen Leben. Die Komplexität wirtschaftlicher Zusammenhänge erschließt sich jedoch immer weniger allein aus Alltagserfahrungen. Aus Unkenntnis und Unsicherheit heraus werden Veränderungen oftmals nicht als Chance und Herausforderung, sondern als Bedrohung empfunden. Deshalb ist eine ökonomische Bildung für jeden dringend erforderlich. Kenntnisse über wirtschaftliche Entwicklungen sind die Basis, um ökonomische Daten und Entwicklungen bewerten und Gestaltungsmöglichkeiten wirksam wahrnehmen zu können. Erfolgreiches Wirtschaften bildet die existentielle Grundlage für den Wohlstand des Einzelnen und legt die Fundamente für gesellschaftlichen und sozialen Wohlstand. Die Grundlagen einer ökonomischen Bildung müssen in der Schule gelegt werden.

BDA/DGB (Hrsg.): Wirtschaft – notwendig für schulische Allgemeinbildung. Gemeinsame Initiative von Eltern, Lehrern, Wissenschaft, Arbeitgebern und Gewerkschaften, Berlin 2000

These 2: Ökonomische Bildung ist Teil des Lernfeldes politische Bildung.

Das Lernfeld „Wirtschaft/Politik“ liegt im Schnittbereich von Wirtschaftswissenschaft und Politikwissenschaft und

ist Gegenstand beider Disziplinen. Wirtschaftsunterricht, der die Einflussfaktoren auf politische Ziele und Entscheidungen ausblendet, könnte Gefahr laufen, den Eindruck zu vermitteln, dass „richtige“ wirtschaftspolitische Konzepte leider meistens an unfähigen und unwilligen Politikern scheitern. Umgekehrt muss sich Politikunterricht davor hüten, der Vorstellung von der „Machbarkeit“ wünschenswerter wirtschaftlicher Ergebnisse Vorschub zu leisten. Und die Frage nach den Zielen von Wirtschaftspolitik und den dahinter stehenden Wertvorstellungen sollte im Bildungsprozess selbst zum Gegenstand des Nachdenkens gemacht werden.

Der ökonomisch gebildete Bürger sollte (im Idealfall) in der Lage sein, mit Dilemmastrukturen (Entscheidungen unter Restriktionen) umzugehen, wirtschaftspolitische Probleme (z.B. Arbeitslosigkeit oder Inflation) wirtschaftstheoretisch analysieren und die Eignung von wirtschaftspolitischen Konzepten zur Zielerreichung beurteilen zu können.

Zieldefinition, Auswahl und Durchsetzung von wirtschaftspolitischen Konzepten erfolgen im politischen Willensbildungsprozess in bestimmten Institutionen, formellen Abläufen und informellen Beziehungen unter dem Einfluss von Interessengruppen (Parteien, Verbände, Medien). Die ökonomischen Zusammenhänge und die politischen Prozesse müssen gleichermaßen durchschaut und berücksichtigt werden, wenn der Bürger zu einem fundierten Urteil über praktizierte Wirtschaftspolitik kommen und sich „einmischen“ soll.

Das Fach Wirtschaft/Politik in Schleswig-Holstein ist grundsätzlich als „Ankerfach“ ökonomischer und politischer Bildung geeignet.

These 3: Ökonomische Bildung zielt auf die Entwicklung von Tüchtigkeit, Selbstbestimmung und Verantwortung bei heranwachsenden Konsumenten, Erwerbstätigen und Wirtschaftsbürgern.

Leitziel: Entscheidungskompetenz mit den Dimensionen Tüchtigkeit, Selbstbestimmung und Verantwortung in den Lebenssituationen Arbeit/Beruf, Konsum/Freizeit, nationale und internationale Wirtschaftsgesellschaft

K.P.Kruber: Didaktik der ökonomischen Bildung, Baltmannsweiler 1994, S. 46 in Anlehnung an H.J. Albers (1987)

These 4: Ökonomische Bildung ist weder „Unterricht über die Wirtschaft“ im Sinne einer Wirtschaftskunde noch „reduzierte Wirtschaftswissenschaft“ für den Schulgebrauch.

Eine „Kunde“ unterstellt gesichertes Wissen, wo analytisches und kritisches Denken angebracht ist. Eine „Abbildung“ der Fachwissenschaft auf „reduziertem Niveau“ vernachlässigt die Bildungsziele und den Bezug zur Lebenssituation der Schüler.

These 5: Die Vermittlung der ökonomischer Bildung erfordert eine kategoriale Stoffauswahl und -begründung sowie eine handlungsorientierte Unterrichtskonzeption.

Aufgabe der Fachdidaktik ist es, Bildungsziele und Inhalte, die zum Gegenstand der stets knappen Unterrichtszeit werden sollen, auszuwählen und zu begründen. Dies ist nur möglich, „wenn es gelingt, jene Fülle des Konkreten auf Grundformen, -strukturen, -typen, -beziehungen, kurz: auf ein Gefüge von Kategorien zurückzuführen und deren aktive Aneignung/Entwicklung im Bildungsprozess mit pädagogischer Unterstützung zu ermöglichen“.

(Klafki: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik, Weinheim 3. Auflage 1993, S. 96).

Es geht also darum, Grundstrukturen von „Wirtschaft“ zu identifizieren (dazu muss man die Fachwissenschaft befragen) und diese im Unterricht an ausgewählten Stoffen

problemorientiert immer wieder neu zu erarbeiten. Auf diese Weise werden die Wesensmerkmale des Wirtschaftens (ich bezeichne sie als Stoffkategorien) zu Bildungskategorien im Sinne von Klafki: Sie schulen den Blick der Schüler, die ökonomischen Aspekte eines Problems zu erkennen und sie zu strukturieren. Die Schüler lernen, in ökonomischen Kategorien zu denken, ihr eigenes Handeln zu reflektieren und wirtschaftspolitische Entwicklungen zu beurteilen.

These 6: Ökonomische Bildung erfordert die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern bei Realbegegnungen mit der Wirtschaftswelt (Betriebserkundungen und -praktika, „Wirtschaftswochen“) und bei der Berufsorientierung (BIZ, Berufsberatung der Arbeitsämter).

Die Leistungsfähigkeit von „Realbegegnungen“ sollte aber auch nicht überschätzt werden. Um fruchtbar zu sein, bedürfen sie der kompetenten Einbindung in den Wirtschaft/Politik-Unterricht, aus dem sie hervorgehen und in den sie einmünden müssen.

Im Betriebspraktikum können z.B. nur Hilfstätigkeiten ausgeübt und damit die eigentlichen fachlichen Fertigkeiten und Fähigkeiten einer Berufstätigkeit nicht erfahren werden. Den Schülern ist dies häufig nicht bewusst. Sie beurteilen die Berufe dann aufgrund dieser Hilfstätigkeiten als uninteressant.

Die fachlichen Qualifikationsanforderungen eines Berufs können i.d.R. auch nicht beobachtet werden. Welches fachliche Wissen jemand mobilisieren muss, um eine berufliche Aufgabe zu strukturieren und Problemlösungen zu entwickeln, kann man nur, wenn man es gelernt hat, erfragen. Dass sich die praktischen Berufstätigkeiten und das Berufsbild sowie die berufliche Ausbildung im Allgemeinen inhaltlich nicht decken, muss ebenfalls vor dem Betriebspraktikum bekannt sein, um falsche Schlüsse zu verhindern und richtige Fragen anzuregen. Ebenso wenig können im Betriebspraktikum die Auswirkungen von technischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Faktoren auf den Betrieb, die betriebliche und berufliche Arbeit erfahren werden.

Dasselbe gilt für Interessengemeinsamkeiten und Interessengegensätze, institutionelle Rahmenbedingungen für den Ausgleich oder die Beilegung von Interessengegen-

sätzen und die tatsächliche Nutzung dieser Rahmenbedingungen. Kurz, das Betriebspraktikum ist eine ausgedehnte Betriebserkundung, die es den Praktikanten ermöglicht, die vorher gewonnenen sozioökonomischen Kenntnisse am Beispiel eines konkreten Betriebes, konkreter Berufsfelder und Berufe zu überprüfen und diese ggf. zu differenzieren oder zu modifizieren und um neue Fragestellungen zur Wirtschafts- und Arbeitswelt anzuregen.

Diese Lernpotentiale des Betriebspraktikums können aber nur genutzt werden, wenn die Praktikanten bereits über umfangreiche und differenzierte sozioökonomische Kenntnisse, Informationsgewinnungs- und Interpretationsmethoden verfügen.

Entsprechendes gilt für die Kooperation mit der Berufsberatung. Berufsberater klagen immer wieder über die geringen Kenntnisse der Schüler/innen über die Wirtschafts- und Arbeitswelt und über Berufe – selbst wenn die Schüler/innen jahrelang in Arbeitslehre unterrichtet wurden. Es ist aber weder Aufgabe der Berufsberater, noch haben sie die Zeit dazu, diese Defizite aufzuarbeiten. Ohne differenzierte sozioökonomische Kenntnisse sind die Schüler/innen aber nicht in der Lage, die spezifischen Kompetenzen und Angebote der Berufsberatung richtig zu bewerten und optimal zu nutzen. Dies ist eine wesentliche Ursache für die häufig geäußerte Enttäuschung von Schüler/innen hinsichtlich der Berufsberatungsangebote.

These 7: „Ökonomische Bildung“ beschreibt spezifische Bildungsziele, Inhalte und (Denk-)Methoden, die einen eigenständigen Platz im Curriculum erfordern.

Grundlegend für das Verständnis wirtschaftlicher Probleme sind:

- Denken in den Strukturen der ökonomischen Verhaltenstheorie: Nutzen/Kosten, Anreiz/Sanktion, Risiko ...
- Denken in komplexen Wirkungszusammenhängen: Arbeitsteilung, Wirtschaftskreislauf, Zielkonflikte, Externalitäten ...
- Denken in ordnungspolitischen Zusammenhängen: Markt, Wettbewerb, ordnende/prozessuale Eingriffe
- Denken in politischen Strukturen und Prozessen: Interesse, Konflikt, Macht, Recht, Legitimation
- Orientierung an ethischen Werten: Leitbilder von Freiheit, Gerechtigkeit, sozialer Sicherheit, Übernahme von Verantwortung

Durch die Ausrichtung an den kategorialen Leitzielen wird aus Unterricht über Wirtschaft ökonomische Bildung.

Eine Vertiefung ist an dieser Stelle nicht möglich. Ich verweise auf die aktuellen *Beträge im sowi-online journal Nr. 2, 2001* ([URL: sowi-online.de](http://sowi-online.de))

These 8: Ökonomische Bildung muss von fachdidaktischen Kategorien geleitet Fächergrenzen überschreitend der ökonomischen Perspektive bewusst auf dem Stand der Bezugswissenschaften konzipiert sein.

These 9: Das erfordert ein eigenes „Ankerfach“ in allen Schularten und Schulstufen mit einer darauf bezogenen Lehrerausbildung an der Universität.

Schlösser und Weber kommen in einer Lehrplananalyse für den Bereich der Gymnasien zu dem Ergebnis: „Die durch Lehrpläne reflektierte Qualität ökonomischer Bildung hängt davon ab, ob ökonomische Bildung in einem Fach so verankert ist, dass sie systematisch und grundlegend, kontinuierlich und in Spiral-Curricula, wissenschaftsorientiert und auf den neuesten Stand der Ökonomie bezogen betrieben werden kann. Wir bezeichnen im Folgenden ein solches Fach als Ankerfach der ökonomischen Bildung. Unsere These lautet, dass ohne ein solches Ankerfach ökonomische Bildung nicht gelingt Die Lehrplananalyse deutet sogar auf einen umgekehrten Zusammenhang hin: Je stärker die Verankerung der ökonomischen Bildung in einem Fach erfolgt, desto gelungener fällt in der Regel auch ihre Einbindung in den anderen untersuchten Fächern aus. Umgekehrt ist es im Trend so, dass Stellenwert und Qualität ökonomischer Bildung in den Lehrplänen der Fächer Geografie und Geschichte (und Politik, K.P.K.) um so mehr zu wünschen übrig lassen, je stärker die ökonomische Bildung eines ‚eigenen Hafens‘, ob Integrationsfach oder nicht, entbehrt.“

(Schlösser, H.J., B. Weber: *Wirtschaft in der Schule. Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien, Gütersloh 1999, S. 43*)

In Schleswig-Holstein existiert seit den 70er Jahren mit Wirtschaft/Politik ein Ankerfach in den Realschulen (und seit 1996 auch in den Gymnasien). Allerdings ist die Verankerung der ökonomischen und politischen Bildung in den Studentafeln völlig unzureichend.

In der Realschule existiert das Fach nur in der 9. und 10. Klasse mit 1 bzw. 2 Stunden. Da – zu Recht – in der 9. Klasse Berufsorientierung Priorität hat, steht für den eigentlichen Wirtschafts- und Politikunterricht im Wesentlichen nur die 10. Klasse zur Verfügung. Dies ist völlig unakzeptabel und unzureichend für eine qualifizierte ökonomische und politische Bildung. Wie in diesem Stundenvolumen die ehrgeizigen Ziele des Wirtschaft/Politik-Lehrplans umgesetzt werden sollen, ist mir schleierhaft. Von der Forderung (These 1), ökonomische Bildung müsse in allen Schularten und auf allen Schulstufen ab Klasse 5 vermittelt werden, ist Schleswig-Holstein meilenweit entfernt. (Im Gymnasium wird Wirtschaft/Politik nur in der Oberstufe unterrichtet, Gymnasiasten erhalten also in der Sekundarstufe I überhaupt keinen Wirtschaft/Politik-Unterricht).

Ein früherer Beginn des Wirtschaft/Politik-Unterrichts – mindestens ab 7. Klasse in allen Schularten als erster Schritt – ist eine unabdingbare Forderung an die Bildungspolitik im Lande.

These 10: Der ständige Wandel der Wirtschaft und die raschen Fortschritte der Wirtschaftswissenschaften erfordern eine kontinuierliche und institutionalisierte Lehrerfortbildung in enger Kooperation zwischen Schulen, Universitäten und außerschulischen Partnern.

Grundlage eines sowohl fachlich fundierten als auch methodisch vielgestaltigen Wirtschaftsunterrichts ist eine qualifizierte und auf das Unterrichtsfach bezogene Lehrerbildung. Sie muss sich gleichermaßen an der Fachwissenschaft und Fachdidaktik wie auch der Unterrichts- und der Wirtschaftspraxis orientieren.

Lehrer müssen im Rahmen ihres Studiums befähigt werden, mit wissenschaftlichen Methoden selbständig ökonomische Zusammenhänge, Prozesse und Fragestellungen zu analysieren und zu beurteilen. Nach Auffassung von Wirtschaftsdidaktikern ist dazu für die Lehrämter an der Sekundarstufe I ein Mindestvolumen von 50 Semesterwochenstunden erforderlich. Es schließt sowohl wirtschaftswissenschaftliche, politikwissenschaftliche und fachdidaktische Lehrveranstaltungen ein. Für Lehramtsstudiengänge der Sekundarstufe II sollte das Studium mindestens 70 Semesterwochenstunden umfassen, um eine ausreichende Qualität sicherzustellen.

Fester Bestandteil der Lehrerbildung sollte der Erwerb von Praxiserfahrungen sein. Betriebserkundungen und Betriebspraktika während des Studiums sind obligatorische Teile einer so konzipierten Lehrerbildung. Auf diesem Wege werden Bezüge zwischen dem Studium und dem Erfahrungsbereich der Wirtschafts- und Arbeitswelt hergestellt.

Wirtschaft/Politik-Unterricht muss – wie in anderen Fächern selbstverständlich – grundsätzlich von Fachlehrkräften unterrichtet werden.

Die im Studium grundgelegten Qualifikationen müssen in institutionalisierten Fortbildungsveranstaltungen regelmäßig und verbindlich für die Lehrkräfte aufgefrischt und weiterentwickelt werden. In einem Fach wie Wirtschaft/Politik, in dem sich die aktuellen Problemstellungen, aber auch die Theoriekonzepte der Bezugswissenschaften, extrem rasch entwickeln, muss eine kontinuierliche und durch schulorganisatorische Regelungen gestützte Fortbildung in Kooperation mit Universität und Wirtschaftspraxis eingerichtet werden.

Aktion „Mitglieder werben Mitglieder“

Gewinnen Sie neue Mitglieder für unseren Verband. Überzeugen Sie Ihre Kollegin oder Ihren Kollegen von den vielen Vorteilen einer Mitgliedschaft bei uns.

Für jedes von Ihnen neu geworbene Mitglied erhalten Sie sofort eine Anerkennung von 50 Euro. Unsere neue Beitrittserklärung finden Sie auf der vorletzten Seite.

Erteilung einer Zeugnisnote – ein wichtiges Urteil!

Die Mutter einer Schülerin widersprach der Halbjahreszensur im Fach Wirtschaft/Politik. Der zuständige Fachlehrer hatte die Leistungen mit „mangelhaft“ bewertet. Der Fachlehrer legte der Mutter dar, dass sich die Zensur auf einen Kurztest (Note ungenügend) und die Unterrichtsbeiträge der Tochter gründete (mangelhaft, da die Schülerin häufig zur Aufmerksamkeit gemahnt werden mußte und sich nur widerwillig äußerte).

Im Widerspruchsbescheid erklärte der Schulleiter, im Rahmen seiner Aufgaben, die Zensur überprüft zu haben.

Insbesondere wurde festgestellt:

- Die Schülerin ist nicht mit einer anderen verwechselt worden.
- Die Einschätzung des Fachlehrers lag in der Bandbreite mangelhaft bis ungenügend. Er hat sein Ermessen ausgeübt, da eine Note „ungenügend“ den Kurztest punktuell überbewertet hätte.
- Die Note „mangelhaft“ ist somit ermessensfehlerfrei.

Der Widerspruch wurde daher mit Widerspruchsbescheid abgewiesen.

Aus dem Urteil des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts, Aktenzeichen 9 A 47/99 (90) vom 2. Juni 1999:

Tatbestand

Die Klägerin begehrt die Änderung einer Zeugnisnote im Halbjahreszeugnis 1998/1999. Die Klägerin ist Schülerin der Beklagten (der Schule. Anm. d. Vert.). Im Halbjahreszeugnis 1998/1999 wurden ihre Leistungen im Fach Wirtschaft/Politik mit der Note 5, „mangelhaft“, bewertet. Hiergegen legte die Klägerin, vertreten durch ihre Erziehungsberechtigte, Widerspruch ein, den die Beklagte (s. o.) am 05.02.1999 zurückwies. Am 04. März 1999 hat die Klägerin beim Verwaltungsgericht Schleswig Klage erhoben.

Entscheidungsgründe des Gerichts

Die Klage ist zulässig (S. u. I.), aber nicht begründet (S. u. 2.).

1. *Zwar ist die Verpflichtungsklage (§ 42 Abs. 1 VwGO) grundsätzlich nicht die richtige Klageart, um die Überprüfung einer Einzelnote in einem Halbjahreszeugnis –*

wie hier – zu erreichen, denn eine solche Einzelnote ist normalerweise mangels unmittelbarer Rechtswirkung nach außen nicht als Verwaltungsakt zu qualifizieren (BVerwG, DÖV 1983 S. 8 1 9; VGH Mannheim, DVBl 1990 S. 533; OVG Münster OVG Bd. 30 S. 153). Verwaltungsakt ist jede hoheitliche Maßnahme, die eine Behörde zur Regelung eines Einzelfalles auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts trifft und auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtet ist § 106 Abs. 1 LVwG). Eine solche unmittelbare Außenwirkung fehlt regelmäßig bei einer Einzelnote in einem Halbjahreszeugnis, weil sie keine selbständige Bedeutung hat und nicht rechtserheblich ist, weil es an weiteren Auswirkungen auf die weitere Schullaufbahn des Schülers fehlt. Etwas anderes gilt vorliegend für das in der Klassenstufe 10 erteilte Halbjahreszeugnis, das – wie die Klägerin unwidersprochen geltend macht – bereits zu Bewerbungszwecken um Ausbildungsplätze dient und dem deshalb mit den in ihm enthaltenen Einzelnoten die nötige Außenwirkung beikommt. (Damit sind auch die Halbjahreszeugnisse der Klassen 8 und 9 Bewerbungszeugnisse. Anm. d. Vertr.) die Verpflichtungsklage ist also zulässig.

2. *Sie ist aber nicht begründet. Die angefochtenen Entscheidungen erweisen sich nicht als rechtsfehlerhaft und beeinträchtigen darum die Klägerin nicht in ihren Rechten (§ 113 Abs. 5 VwGO).*

Für die Bildung der hier zur Überprüfung gestellten Einzelnote ist dem zuständigen Fachlehrer durch § 35 Abs. 2 SchulG ein Beurteilungsspielraum eingeräumt worden – wie auch die Klägerin selbst erkannt hat –, in den das VG nicht eingreifen darf. Das Gericht ist auf die Überprüfung beschränkt, ob dem Fachlehrer bei der Benotung Beurteilungsfehler unterlaufen sind, nämlich wesentliche Verfahrensfehler, ein Ausgehen von falschen Tatsachen oder sachfremden Erwägungen oder ein Verstoß gegen allgemeingültige Bewertungsmaßstäbe.

Der Klägerin ist es aber nicht gelungen, einen derartigen Beurteilungsfehler aufzuzeigen; eine Fehlerhaftigkeit ist auch sonst nicht ersichtlich.

Zwar behauptet die Klägerin, der Fachlehrer sei von falschen Tatsachen ausgegangen und er habe sich von



sachfremden Erwägungen leiten lassen. Dieses Vorbringen überzeugt aber nicht.

Als falsche Tatsachen, die fehlerhaft zugrunde gelegt worden seien, nennt sie nur die Bewertungen einerseits ihrer Unterrichtsbeiträge als „mangelhaft“ und andererseits des Kurztestes als „ungenügend“. Damit nennt sie aber nur Umstände, auf die der o. a. Beurteilungsspielraum des Fachlehrers sich gleichfalls erstreckt, ohne aufzuzeigen, dass und welche Beurteilungsfehler insoweit vorliegen sollten. Soweit sie meint, diese Einzelnotengebungen „mangelhaft“ bzw. „ungenügend“ seien fehlerhaft, und die Leistungen hätten besser benotet werden müssen, so setzt sich lediglich ihre eigene Leistungseinschätzung an die Stelle der Fachlehrerbenotung; sie verkennet aber dabei, daß allein der Fachlehrer als zuständig für die Leistungsbewertung erklärt worden ist (§ 35 Abs. 2 SchulG) und es also auf ihre eigenen Einschätzungen nicht ankommt.

Aber auch soweit die Klägerin sachfremde Erwägungen und sogar einen Verstoß gegen allgemeine Bewertungsmaßstäbe rügt, ist ihr nicht zu folgen: Unzureichende Aufmerksamkeit im Unterricht, die zu häufigen Mahnungen nötigte, und Widerwillen bei Äußerungen sind durchaus Umstände, die als „Lernverhalten“ zur näheren Erläuterung einer als „mangelhaft“ bewerteten Leistung genannt werden dürfen. Die von der Klägerin befürchtete Vermengung von Beurteilungen der Leistungen und des Verhaltens der Klägerin ist nicht zu erkennen. Die Klägerin übersieht, daß der Fachlehrer auf eine Zwischennote „mangelhaft“ und „ungenügend“ erkannt und dazu zulässigerweise auf Nichtbeteiligung am Unterrichtsgeschehen abgestellt hat.

3. Die Klage ist nach allem mit den Nebenfolgen aus den §§ 154 Abs. I, 167 VwGO, 708 Nr. 11 und 711 ZPO abzuweisen.

Die Frage ist: hätte ein Gericht auch heute noch so geurteilt?

Auszug aus der Rede der damaligen Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD) anlässlich der Tagung des Verbandes 2001

Die Schule und die Schulverwaltung können nicht alle Leerstellen füllen, nicht alles ausgleichen oder nachholen, was anderswo versäumt worden ist, und damit meine ich ganz konkret das Elternhaus. Viele Lehrerinnen und Lehrer erzählen mir von der enormen Herausforderung, der sie jeden Tag ausgesetzt sind, weil sie zunehmend die Einzigen sind, die noch aktive Erziehungsarbeit leisten, weil sie neben dem umfassenden Bildungsauftrag auch sozialpädagogische und therapeutische Aufgaben erfüllen müssen.

Deshalb will ich an dieser Stelle betonen:

Die Verantwortung für Erziehung liegt in erster Linie bei den Eltern. Diese Verantwortung muss den Eltern bewusst sein, sie muss von ihnen angenommen werden, sonst gerät der Bildungsauftrag der Schule in Gefahr. Es kann nämlich nicht die vorrangige Aufgabe von Lehrern und von Schulen sein, die Rolle der Feuerwehr zu übernehmen, sich mit dem Ausgleich oder der nachträglichen Korrektur von gravierenden Erziehungsdefiziten zu beschäftigen – zu Lasten des Unterrichts.

Natürlich wissen wir, dass nicht alle Eltern können, wie sie wollen und wie wir uns das im Idealfall vorstellen! Trennun-

gen, Scheidungen, Streitereien um das Kind oder die Kinder können wir leider nicht verhindern. An Erziehungs- und Sorgerechtere können wir nur appellieren, dass mit Rechten immer auch Pflichten verbunden sind. Erzwingen können wir nichts! Was wir aber können und müssen, ist: ein vorhandenes Erziehungsvakuum wenigstens teilweise aufzufangen.

Ich bin zwar von einem komplexen Erziehungs- und Bildungsbegriff ausgegangen. Deshalb dürfen wir jedoch die fachbezogene unterrichtliche Arbeit nicht überbelasten oder gar benachteiligen. Der Anteil der mentalen, emotionalen und sozialen Qualitäten, die Schule vermitteln soll, darf den Faktor Wissensbildung nicht erdrücken. Aber: wir können die psychosozialen Defizite nicht per Anordnung aus den Klassenzimmern fernhalten. De facto bringen die Schülerinnen und Schüler eben jeden Tag ihr Päckchen mit in die Schule.

Umso mehr dürfen wir von Seiten der Politik Eltern und Schülerinnen bzw. Schüler, Lehrerinnen und Lehrer in dieser schwierigen Situation nicht alleine lassen. Keiner kennt Standardlösungen für dieses Erziehungsvakuum, es gibt sie auch nicht!

Top versichert?

Gleich hier in der Nähe

Ganz gleich, ob es um Ihr Haus, Ihr Auto oder Ihre Vorsorge geht – Wir bieten den passenden Schutz für Sie und Ihre Familie.

Mit Top-Leistungen und Services zu günstigen Beiträgen überzeugen wir mehr als 12 Millionen Kunden.

Das sind Ihre Vorteile bei der HUK-COBURG:

- Niedrige Beiträge – z. B. 20 % Beitragsvorteil mit Kasko SELECT
- Top-Schadenservice in rund 1.500 Partnerwerkstätten
- Gute Beratung in Ihrer Nähe – immer fair und kompetent

Informieren Sie sich jetzt über unsere Angebote und lassen Sie sich individuell beraten. Wir freuen uns auf Sie.

Kundendienstbüro

Norbert Schwengers

Tel. 0451 8104184
norbert.schwengers@HUKvm.de
Krepelsdorfer Allee 42-44, 23556 Lübeck

Kundendienstbüro

Sabine Henning

Tel. 0451 45056123
sabine.henning@HUKvm.de
Ziegelstr. 2, 23556 Lübeck

Kundendienstbüro

Frank-Michael Frehrs

Tel. 0451 5821370
frank-michael.frehrs@HUKvm.de
Ratzeburger Allee 111-125, 23562 Lübeck

Kundendienstbüro

Daniela Bievor

Tel. 0451 66902
daniela.bievor@HUKvm.de
Arnimstr. 12 B, 23566 Lübeck

Kundendienstbüro

Carsten Schulz

Tel. 04342 8584866
carsten.schulz@HUKvm.de
An der Mühlenau 3-5, 24211 Preetz

Kundendienstbüro

Sandra Rebenstorf

Tel. 0431 35531
sandra.rebenstorf@HUKvm.de
Holtenauer Str. 352, 24106 Kiel

Kundendienstbüro

Birgit Leppin

Tel. 0431 726677
birgit.leppin@HUKvm.de
Schönberger Str. 24, 24148 Kiel

Kundendienstbüro

Anke Feldes

Tel. 04351 667755
anke.feldes2@HUKvm.de
Langebrückstr. 26, 24340 Eckernförde

Kundendienstbüro

Jutta Grimmelsmann

Tel. 04321 2720
jutta.grimmelsmann@HUKvm.de
Hauptstr. 30, 24536 Neumünster

Kundendienstbüro

Marco Lorenzen

Tel. 04331 22927
marco.lorenzen2@HUKvm.de
Friedrichstädter Str. 50, 24768 Rendsburg

Kundendienstbüro

Anke Feldes

Tel. 04621 27627
anke.feldes@HUKvm.de
Am Lornsenpark 6, 24837 Schleswig

Kundendienstbüro

Ulrich Markowsky

Tel. 0461 9402543
ulrich.markowsky@HUKvm.de
Ochsenweg 26, 24941 Flensburg

Kundendienstbüro

Bettina Tempich-Braunhart

Tel. 0461 13093
bettina.tempich-braunhart@HUKvm.de
Bismarckstr. 40, 24943 Flensburg

Kundendienstbüro

Thomas Lucke

Tel. 0481 78769126
thomas.lucke@HUKvm.de
Bahnhofstr. 22 A, 25746 Heide

Kundendienstbüro

Christoph Pötschke

Tel. 04841 6622900
christoph.poetschke@HUKvm.de
Markt 10-12, 25813 Husum



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig

Das Heft, das Sie nun durchgeblättert haben, sollte eigentlich eine Online-Ausgabe unseres Magazins werden. Aber in Zeiten von Homeschooling und Homeoffice, in denen viele fast nur noch digital unterwegs sind, erschien uns eine Ausgabe zum „Anfassen“ sinnvoller.

Unser Magazin ist nun auch eine kleine Hommage an Mitglieder unseres Verbandes geworden, die in der Vergangenheit außerordentliche Artikel und Beiträge, die auch heute noch aktuell sind, geschrieben haben.

Die Entschuldigung aus Dezember 2004 mag einen tröstenden Charakter für die momentan oft schweren Zeiten haben. Bleiben Sie gesund.

Mein Herr Peters

*Ik glööv uns Linn is jümmer noch
krank, un se secht dat eh.*

*Wenn dat geht loot se man
keen Sport mitmaken*

Schön Nikolaus

*1/04
6/12*

